

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



März 2024

Rückblick auf frauenpolitische Aktivitäten der letzten Jahre im Landesverband

Viele neue Angebote gestartet

Ute Loßin von der Landesgeschäftsstelle hat für den folgenden Text ein Potpourri an frauenpolitischen Themen und Aktivitäten zusammengestellt, die in den letzten Jahren von den starken Frauen im SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg auf den Weg gebracht wurden.

Im Winter 2022 nahm der frauenpolitische Ausschuss im Landesverband seine Arbeit wieder auf, seit April 2023 unter dem Vorsitz der SoVD-Landesfrauensprecherin Angelika Golombek. Vom Landesvorstand wurden neu benannt: Barbara Kubanke, Brigitte Walter-Huß, Elke Beuke, Yvonne Brückmann, Marion Halten-Bartels, Brigitte Röder, Heike Roß-Ritterbusch, Paul Diek und Dr. Sybille Bock für Brandenburg.

Zusätzlich zu ihren Aufgaben als Landesfrauensprecherin betreut Angelika Golombek als Vorsitzende des Kreisverbandes Reinickendorf dessen Mitglieder und das Sorgentelefon und führt ehrenamtlich Sozialberatungen durch.

Im Herbst 2023 gründete der Deutsche Frauenrat den Fachausschuss „Gewalt gegen Frauen beenden – Zugang für alle zu Schutz, Hilfe und Unterstützung“. Für den Landesverband ist es eine besondere Ehre, dass Heike Roß-Ritterbusch, Ehrenamtskoordinatorin im Landesverband, auf Vorschlag des SoVD-Bundesverbandes als Expertin in den Fachausschuss berufen wurde.

Anlässlich des Internationalen Frauentages hat die Frauensprecherin des Kreisverbandes Berlin-Ost, Brigitte Walter-Huß, erneut eine frauenpolitische Veranstaltung organisiert. Während im letzten Jahr Rentenpolitik für Frauen im Mittelpunkt stand, geht es in diesem Jahr um Gesundheitspolitik aus Frauenperspektive.

Barbara Kubanke aus dem Ortsverband Wilmersdorf orga-



Die selbst gefertigten „Herzkissen“ wurden an krebserkrankte Frauen im Waldkrankenhaus Spandau gespendet.

nisiert seit einigen Jahren den monatlichen Frauenstammtisch, der inzwischen auch bei den männlichen Mitgliedern beliebt ist.

In der SoVD-Landesgeschäftsstelle findet seit 2022 die angeleitete Gruppe für pflegende An- und Zugehörige statt. Sie bietet einen geschützten Raum zum persönlichen Austausch und zum Teilen von Erfahrungen und Sorgen. Es geht aber auch um Informationen, zum Beispiel zu finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten durch die Pflegeversicherung, zum Anspruch auf Pflegehilfe durch Pflegedienste oder die Unterstützung durch die Sozialrechtsberatung des SoVD bei der Durchsetzung dieser Ansprüche. Die Anleitung der Gruppe liegt in den Händen der Krankenschwester und ehrenamtlichen Senior*innen-Begleiterin Gabriele Schönfeld.

Seit Ende 2023 wirkt der Landesverband mit Yvonne Brückmann, Frauensprecherin

im Kreisverband Spandau und Physiotherapeutin, beim „Fitten Mittwoch“ gemeinsam dem Bewegungsmangel entgegen und lädt alle herzlich ein, mitzumachen, und aktiv zu werden und zu bleiben.

Auf die Anregung von Yvonne Brückmann geht auch die „Aktion Herzkissen“ zurück. Bereits dreimal führte sie engagierte Frauen aus dem ganzen Landesverband zusammen, um gemeinsam für den guten Zweck zu werben. Die aus Spendenmaterialien hergestellten „Herzkissen“ sollen Brustkrebspatientinnen trösten. Ingelore Frankenstein vom Kreisverband Spandau, Ansprechpartnerin der SoVD-Hörbibliothek, übernahm gemeinsam mit ihrer Schwester die Herstellung der Herzkissenbezüge. Bereits 60 fertige Herzkissen konnten der onkologischen Frauenstation des Waldkrankenhauses Spandau gespendet werden.

Ebenfalls neu ist die Line Dance-Gruppe „Lets Dance“ mit Sabine Laudahn als Übungsleiterin. Denn: Tanzen ist gesund für Herz und Kreislauf, für das Gedächtnis, wirkt Demenz entgegen und macht Spaß.

Barbara Ulrich, Vorstandsmitglied und Schatzmeisterin im Kreisverband Steglitz-Zehlendorf, schuf im Rahmen der auf 2023 befristeten Initiative „Netzwerk der Wärme“ in Kooperation mit der Seniorenbegegnungsstätte Maria-Rimkus-Haus ein Beratungsangebot, das intensiv genutzt und gut angenommen wurde und dem SoVD auch neue Mitglieder brachte.



Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

es ist bereits eine lange Tradition im SoVD auch in unserem Landesverband: Der Monat März wird als Gleichstellungsmonat den Frauen gewidmet. Dies gilt vor allem bei Veranstaltungen und in den Medien. Die Gleichstellung von Frauen und Männern gehört zu den zentralen politischen Zielen des SoVD. Um auf die immer noch bestehenden gravierenden Mängel bei der Gleichberechtigung aufmerksam machen, gibt es auch in diesem Jahr wieder symbolträchtige Tage im März.

Am 6. März 2024 findet der nächste „Tag für gleiche Bezahlung“ (Equal Pay Day) statt. Dies ist der symbolische Tag, bis zu dem Frauen 2024 unbezahlt arbeiten, während Männer bereits ab dem 1. Januar für ihre Arbeit entlohnt werden. Frauen haben aktuell gegenüber Männern eine Lohnlücke von 18 Prozent. Der Internationale Frauentag, auch Weltfrauentag genannt, wird am 8. März begangen und soll die Rolle von Frauen und geschlechterspezifische Ungleichheiten in der Gesellschaft aufzeigen. In etwa 20 Staaten ist der Internationale Frauentag sogar ein gesetzlicher Feiertag. In Deutschland gilt dies nur in zwei Bundesländern, in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Aber mal „Hand aufs Herz“, wie steht es um die Gleichberechtigung von Frauen auch in Berlin und Brandenburg? Es gibt zwar viele Fortschritte in Gesetzen und praktischen Maßnahmen – wie zum Beispiel das Elterngeld Plus, der Ausbau der Kinderbetreuung oder die Einführung von Frauenquoten. Aber es bleiben noch viele Lücken. Die vor allem von Frauen geleistete unbezahlte Sorgearbeit für Kinder, Haushalt oder pflegebedürftige Angehörige muss endlich die verdiente Wertschätzung finden und auch gleichermaßen von Männern übernommen werden. Genauso wichtig ist die paritätische Besetzung von Ehrenämtern in allen gesellschaftspolitischen Bereichen.

Liebe Frauen im SoVD Landesverband, Danke für Euren Einsatz, macht weiter so! Lasst Euer Licht nicht unter den Scheffel stellen, lasst uns gemeinsam die Gesellschaft partnerschaftlich weiterentwickeln, Diversität fördern, Frauenprojekte unterstützen und gute Ideen verbreiten. Lasst uns austauschen und vernetzen und damit Frauen in ihrer Vielfalt sichtbarer machen!



Landesvorsitzende
Ursula Engelen-Kefer

Eure Ursula Engelen-Kefer



Hei, juchei! Kommt herbei! Suchen wir das Osterei!
Immerfort, hier und dort und an jedem Ort!
Ist es noch so gut versteckt, endlich wird es doch entdeckt.
Hier ein Ei! Dort ein Ei! Bald sinds zwei und drei.

Hoffmann von Fallersleben

Der Landesvorstand sowie das gesamte Mitarbeiterteam wünschen allen Mitgliedern und Freund*innen des SoVD eine fröhliche Osterzeit!



Brigitte Walter-Huß (links) mit der SoVD-Referentin Henriette Wunderlich auf einer Veranstaltung im vergangenen Jahr.

Plenum des Landessenorenbeirates mit Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe

Sorge über Finanzierungsabbau

Am 17. Januar fand die Versammlung des Landessenorenbeirates 2024 mit der Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung des Landes Berlin, Cansel Kiziltepe, zu Arbeitsschwerpunkten statt.

Diskutiert wurde die Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes noch in dieser Wahlperiode. Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg befürchtet, dass hierbei das demokratische Wahlverfahren abgebaut wird und dringt darauf, die erforderlichen Mitwirkungsrechte von Senior*innen weiter zu stärken. Die Senatorin signalisierte, dass der Erhalt der Wahlen zu den Seniorenvertretungen der Bezirke bestehen bleibt und kein Ersatz durch Beiräte stattfindet. „Dies ist ein wichtiges Zeichen für Sozialstaat und Demokratie“ stellt die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer fest.

„Das Herzstück dieses Gesetzes, die Wahl der Seniorenvertretungen in den Bezirken, darf nicht abgebaut, sondern muss gestärkt werden“, verlangt Joachim Krüger, stellvertretender Landesvorsitzender des SoVD. „Dies ist unser Anliegen bei der jetzt anstehenden erneuten Novellierung“. Weiterhin wurde bei der Diskussion mit der Senato-



V. li.: Schatzmeister Peter Stawenow, Senatorin Cansel Kiziltepe, Evi Lämmer und Erwin Bender, Vorsitzende der Landessenorenvertretung, sowie SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer.

rin der vom Abgeordnetenhaus beschlossene Doppelhaushalt 2024/2025 angesprochen. Von Seiten des Landessenorenbeirates wurden vor allem Sorge über die globalen Minderausgaben von 5,9 Prozent pauschal für alle Senatsverwaltungen und die Kurzfristigkeit der Vorschläge noch bis Februar geäußert. Besonders würden damit wichtige soziale Projekte

in den Bezirken, auch und gerade für Senior*innen, gefährdet. Die Senatorin versicherte, dass sie sich auch weiterhin für die Finanzierung der sozialen Projekte einsetzen werde. Zudem müsse der Termin herausgeschoben und erst einmal die Steuerschätzung im Mai abgewartet werden. Allerdings müsse die Landesschuldenbremse eingehalten werden.

Der SoVD-Landesverband stellt eine starke Frau der Geschichte vor

Marie Juchacz gründete die AWO

Anlässlich des Frauenmonats März erinnert der SoVD in seinen Veranstaltungen an starke Frauen der Geschichte, die durch ihr Wirken Meilensteine in der Entwicklung der Gleichberechtigung gesetzt haben. Eine von ihnen ist Marie Juchacz, die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Sie war auch die erste Frau, die in der Weimarer Nationalversammlung das Wort ergreifen durfte.

Marie Juchacz gehörte der Arbeiter*innenbewegung an. Nachdem ihre Ehe gescheitert war, zog sie mit ihrer Schwester Elisabeth Kirschmann-Röhl und ihren beiden Kindern nach Berlin. Schon früh interessierte sie sich für Frauen- und Friedenspolitik, in Berlin kamen Sozial- und Wohlfahrtspolitik dazu.

Später setzte sie sich auch für die Straffreiheit von Abtreibungen ein und erläuterte dem Parlament 1926 eindrücklich die seelischen Konflikte der Arbeiterfrauen. Als Tochter in einer Arbeiterfamilie wusste sie, wovon sie sprach. Ihre politische Bildung verdankte sie ihrem Vater. Er stand der Gewerkschaft nahe, brachte sie zur SPD und ermöglichte ihr den Zugang zur Gewerkschaftsbibliothek. So konnte sie sich neben der Volksschule weiterbilden.

Sie arbeitete als Hausangestellte, Fabrikarbeiterin, wurde Krankenwärterin und Schneiderin.



Foto: www.fembio.org

Marie Juchacz wurde auf einer Briefmarke verewigt.

1917 kam sie zur SPD, wurde zunächst in den Parteivorstand und dann zur zentralen Frauensekretärin gewählt. Sie und ihre Schwester, ebenfalls politisch aktiv, waren damals gefragte und mutige Rednerinnen. Ihre historische Rede am 19. Februar 1919 macht deutlich, wie zielstrebig und selbstbewusst sie sich trotz aller Widerstände politisch für Frauenrechte einsetzte.

1919 gründete sie die Arbeiterwohlfahrt (AWO) als eigene

Wohlfahrtsorganisation für die SPD und blieb bis 1933 als führende Sozial- und Frauenpolitikerin der SPD Mitglied des Reichstages.

Der Nationalsozialismus und die Androhung der NSDAP, NS-Gegner*innen zu „vernichten“ und „auszurotten“, zwangen sie 1933 zur Flucht. Ab 1941 lebte sie in den USA im Exil. 1949 kehrte sie nach Deutschland zurück, blieb bis zu ihrem Tod 1956 Ehrenvorsitzende der AWO und engagierte sich weiterhin deutschlandweit.

In Berlin wurde ihr zu Ehren von der AWO ein Denkmal errichtet, eine Marie Juchacz Stiftung gegründet und 2003 widmete ihr die Deutsche Post in der Reihe „Frauen der deutschen Geschichte“ eine eigene Briefmarke. Das historische Foto von ihrer ersten Rede im Parlament wurde 2018 zum Gedenken an 100 Jahre Frauenwahlrecht ebenfalls als Briefmarkenmotiv ausgewählt.



Foto: New Africa / Adobe Stock

Um die besonderen Interessen der Senior*innen kommunal einzubringen, konnten in Berlin bisher Seniorenvertreter*innen gewählt werden.

Diskussion zum Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz

Vertretungen in den Bezirken beibehalten

Das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz soll noch in dieser Wahlperiode novelliert werden. In einer Podiumsdiskussion der Berliner CDU hat die Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Ursula Engelen-Kefer erneut eingefordert, dass dabei das demokratische Wahlverfahren für die bezirklichen Seniorenvertretungen beibehalten werden muss.

In der Podiumsdiskussion anlässlich des Jahresempfangs der Berliner CDU am 31. Januar sprach sich die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer klar für den Erhalt der Wahlen zu den Seniorenvertretungen in den Bezirken aus. „Berlin hat als erstes Bundesland 2006 ein Gesetz zur Regelung der Seniorenvertretungen verabschiedet. Jetzt muss bei der anstehenden Novellierung dafür gesorgt werden, dass dies auch umfassend für die Vielfalt der Seniorinnen und Senioren und ihre Lebensbereiche praktisch umgesetzt wird. Dazu sind die Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen als Kernstück des Seniorenmitwirkungsgesetzes eine wesentliche Voraussetzung.“

„Als SoVD sind wir mehr als besorgt über bekannt gewordene Vorhaben aus dem Senat, die in den Bezirken gewählten Seniorenvertretungen durch Beiräte zu besetzen“, stellt die Landesvorsitzende fest. „Nach dem Seniorenmitwirkungsgesetz ist die Berufung der Seniorenvertretungen gemäß den Ergebnissen aus den Wahlen der Seniorenvertreter*innen erforderlich. Dies muss nach unseren Vorstellungen als SoVD und Landessenorenbeirat auch so bleiben.“ Dieses Verfahren ist ein wesentliches Zeichen für die demokratische Einbringung der immer vielfältiger werdenden Anliegen der Seniorinnen und Senioren in Berlin.

Entscheidend hierfür ist die Stärkung der Seniorenvertretungen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, in den Ausschüssen der Bezirksämter die Anliegen der Senioren wirksam einzubringen, damit sie auch von den Bezirksregierungen und dem Berliner Senat gehört werden. Dazu müssen in allen Bezirken für die Seniorenvertretungen überhaupt erst einmal die Arbeitsvoraussetzungen geschaffen werden, insbesondere durch geeignete Räumlichkeiten, technische und personelle Ausstattung sowie pauschale Kostenersatzungen an die ehrenamtlichen Seniorenvertreterinnen und -vertreter. Dies bedingt auch eine ausreichende Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in den und über die Seniorenvertretungen. „Dann kann auch die vielfach beklagte niedrige Beteiligung an den Wahlen zu den Seniorenvertretungen erheblich gesteigert werden“, ist Engelen-Kefer überzeugt.

www.sovd-bbg.de



Foto: daskleineatelier / Adobe Stock



Interview

Im Einsatz für Frauenrechte

Anlässlich des Frauenmonats März sprachen Mark Jeroen Brozek und Ute Loßin mit der Landesfrauensprecherin Angelika Golombek über ihre Motivation, ihre Aufgaben, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und die Wichtigkeit der Öffentlichkeitsarbeit.

Was hat Sie motiviert, sich für das Amt der Landesfrauensprecherin zu bewerben?

Als Landesfrauensprecherin setze ich mich für die Interessen und Anliegen der Frauen in unserem Verband ein. Dieses Amt gibt mir die Möglichkeit, auf bestehende Defizite in der Gleichstellung von Frauen und Männern aufmerksam zu machen. Besonders am Herzen liegen mir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gerechte Entlohnung und Aufstiegschancen. Meine Motivation ist es, im SoVD aktiv dazu beizutragen, dass beide Geschlechter die Möglichkeit haben, Erwerbs- und Sorgearbeit in allen Lebenslagen miteinander zu verbinden.

Was sind die konkreten Aufgaben und Zuständigkeiten der Landesfrauensprecherin?

Der erste Schritt nach meiner Wahl zur Landesfrauensprecherin war die Bündelung der Aufgaben und frauenpolitische Schwerpunktthemen. Dazu wurde der Frauenpolitische Ausschuss gegründet, der die übergreifenden frauen- und gesellschaftspolitischen Interessen auf Landesverbandsebene vertritt. Die Mitglieder dieses Ausschusses organisieren und beteiligen sich unter anderem an Aktionstagen wie dem Equal Pay Day, dem Equal Care Day, dem Internationalen Frauentag und dem EU-Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Bedürfnisse und Nöte von Frauen mit Behinderungen, insbesondere von Seniorinnen, da sie häufiger Gewalt in der Partnerschaft erleben und auch stärker von Armut betroffen sind. Sie haben oft nur unzureichenden Zugang zu medizinischer Versorgung, da nur wenige Arztpraxen barrierefrei zugänglich sind.



Angelika Golombek (rechts) im Gespräch mit einem Verbandsmitglied auf dem Neujahrsempfang.

Als Vorsitzende des SoVD-Kreisverbandes Reinickendorf haben Sie eine weitere wichtige Funktion. Wie koordinieren Sie Ihre Aktivitäten zwischen diesen beiden Ämtern?

Soziale Einsamkeit und Armut nehmen in unserer Gesellschaft immer mehr zu, insbesondere ältere und alleinstehende Menschen fühlen sich aufgrund fehlender sozialer Kontakte oder finanzieller Ressourcen oft von der Gesellschaft ausgegrenzt. Mit unseren regelmäßigen Aktivitäten im Kreisverband Reinickendorf können wir dem ein wenig entgegenwirken. In der Weihnachtszeit beteiligten wir uns daher aktiv an dem Projekt der Bezirksbürgermeisterin von Reinickendorf, Emine Demirbükten-Wegner, einsamen und bedürftigen Menschen am 24. Dezember einen schönen und gemütlichen Heiligabend zu bereiten. So lassen sich beide Funktionen thematisch gut verbinden.

Wie wichtig ist für Sie die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen?

Für eine erfolgreiche Interessenvertretung von Frauen ist eine gute Vernetzung mit anderen In-

stitutionen, Gremien und Verbänden sehr wichtig. Auf Landesebene ist unser Verband seit 2019 Mitglied im Landesfrauenrat Berlin und wurde im Herbst 2023 in den neu gegründeten Fachausschuss „Gewalt gegen Frauen beenden“ berufen. Aber auch innerhalb des Landesverbandes ist eine gute Kommunikation und ein regelmäßiger Austausch mit den Kreisfrauensprecherinnen und unserem ehrenamtlichen Besuchsdienst wichtig.

Welche Rolle spielt die Öffentlichkeitsarbeit in Ihren beiden Funktionen?

Wichtige Informationsmedien sind unsere monatlich erscheinende Mitgliederzeitung, der Internetauftritt des Landesverbandes Berlin-Brandenburg sowie Facebook.

Auch frauenpolitische Broschüren wie das frauenpolitische Programm des SoVD oder das Pflegetagebuch sind wichtige Informationen und Hilfestellungen für unsere Mitglieder. Bei Aktionen im öffentlichen Raum können wir mit Informationsständen wichtige Aufklärungsarbeit leisten.

Interviewer*in: Mark Jeroen Brozek / Ute Loßin

SoVD-Neujahrsempfang für die Neumitglieder

Erstes Kennenlernen

In festlicher Atmosphäre fand der Neujahrsempfang für die neuen Mitglieder des SoVD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg in der Landesgeschäftsstelle statt. Die von den Organisator*innen liebevoll vorbereitete Veranstaltung erfreut sich großer Beliebtheit und trägt wesentlich zur Förderung des Gemeinschaftsgefühls im SoVD bei.

Die Veranstaltung bot allen „Neuen“ eine hervorragende Gelegenheit, sich in entspannter Atmosphäre mit anderen SoVD-Mitgliedern auszutauschen, erste Kontakte zu knüpfen und sich schnell in die „SoVD-Familie“ zu integrieren. Nach der herzlichen Begrüßung durch die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer, und der Landesgeschäftsführerin Birgit Domröse konnten sich die neuen Mitglieder über die Arbeit und Ziele sowie die Bedeutung des Sozialverbandes informieren.

Heike Roß-Ritterbusch gab den Neumitgliedern einen kurzen Einblick über das ehrenamtliche Engagement im Verband und wies auf das regelmäßige Gesprächsangebot für interessierte Ehrenamtliche hin. Der nächste Termin ist der 15. März. Der Neujahrsempfang war ein voller Erfolg und unterstrich die Wichtigkeit solcher Veranstaltungen, um die Verbundenheit der Mitglieder zu stärken.



Landesschatzmeister Armin Dötsch (2. v. li.) in fröhlicher Atmosphäre mit den neuen Mitgliedern.



Ach, spricht er, die größte Freud' ist doch die Zufriedenheit.

Wilhelm Busch

Im Namen des gesamten Vorstandes sowie des Mitarbeiterteams wünscht der Landesverband Berlin-Brandenburg seinen Mitgliedern von Herzen alles Gute, beste Gesundheit, Glück und zahlreiche positive Überraschungen für das neue Lebensjahr!

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 9.3.: Adolf Bernau, Schönwalde-Gliem; 10.3.: Rita Patsch, Berlin und Erika Schmidt, Berlin.

91 Jahre: 1.3.: Helga Held, Berlin.

92 Jahre: 13.3.: Luise Lunow, Berlin.

93 Jahre: 1.3.: Gisela Klink, Berlin; 20.3.: Dorothea Heldt, Berlin.

94 Jahre: 16.3.: Brigitte Lieberes, Berlin; 20.3.: Edith Schulze, Brandenburg.

95 Jahre: 3.3.: Gertrud Andler, Berlin.

96 Jahre: 1.3.: Ursula Marquardt, Berlin; 25.3.: Ernst Köhler, Hennigsdorf; 25.3.: Alexander Hultzsich, Berlin.

97 Jahre: 14.3.: Ingeborg Mante, Berlin.

98 Jahre: 1.3.: Ingeborg Brandt, Hohen Neuendorf.

99 Jahre: 14.3.: Gerda Busenius, Dannenberg.

Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband gehen an:

für 30 Jahre: 1.3.: Jürgen Burkhard, Renate Ehm, Klaus Giese, Günter Greis, Waltraud Lieschen, Walter Mauer, Udo Pinnow und Inge Polet, alle Berlin.

für 40 Jahre: 6.3.: Angelika Marschall, Berlin.

Stand: 16. Januar 2024

Wohnungslose Frauen in Berlin

Oft werden betroffene Menschen nicht wahrgenommen und marginalisiert. Gleichzeitig beschäftigen steigende Mieten und Wohnungsmangel immer mehr Berliner*innen. Das Sichtbarmachen von Menschen, die viel zu oft übersehen werden, ist ein wesentliches Ziel der

Arbeit von querstadtein e. V., immer verbunden mit dem Ansatz (ehemals) Betroffene für sich sprechen zu lassen.

Auf einer Freifläche von BERLIN GLOBAL widmet sich der Verein querstadtein e. V. den Perspektiven und Erfahrungen (ehemals) wohnungsloser Frauen mit einer Ausstellung

im Humboldt Forum, Schloßplatz, 10178 Berlin.

Stadtführerin Susanne von querstadtein e. V., ist eine der Beteiligten der Freifläche „Mitten unter uns. Wohnungslose Frauen* in Berlin“. In dieser Führung durch BERLIN GLOBAL gibt sie Einblick in diese Themen.



Termine und Ansprechpartner*innen im SoVD Berlin-Brandenburg

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

Landesverband Berlin-Brandenburg

Information / Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Sozial- und Rechtsberatung: dienstags 9–12 Uhr und 13–15 Uhr sowie donnerstags 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, Tel.: 030/26 39 38 11, E-Mail: sozialberatung@sovd-bbg.de.

Geschäftsführung: Birgit Domröse, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sovd-bbg.de.

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung: Bernhard Kippert, E-Mail: kontakt@sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Loßin, E-Mail: Ute.Lossin@sovd-bbg.de, Mark Jeroen Brozek, Tel.: 030/26 39 38 17, E-Mail: mj.brozek@sovd-bbg.de.

Landesgeschäftsstelle

Adresse siehe oben. **Anmeldung und Fragen:** Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Jeden Mittwoch, 14-16 Uhr: SoVD-Hörbibliothek.

Jeden Mittwoch, 17-19 Uhr: LineDance. **Anmeldung bei Birgit Domröse**, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat: 14.30 Uhr: Unser „Fitter Mittwoch“ **Anmeldung bei Birgit Domröse**, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Jeden 4. Mittwoch im Monat, 13.30 Uhr: Senior*innen Computer Club.

Jeden 4. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr: Angeleitete Gruppe für pflegende An- bzw. Zugehörige, **Anmeldung bei Gabriele Schönfeld**, Tel.: 0176/32727006.

15. März, 11 Uhr: SoVD-Spaziergang zu den „Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung“. **Anmeldung bei Birgit Domröse**, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Kreisverband Berlin-Ost

16. März, 10.30 Uhr: „Frauengrundgesundheit in eigener Hand“, Referentin Nina Schernus. SoVD-Bundesgeschäftsstelle, 5. Etage, Konferenzraum, Stralauer Str. 63, 10179 Ber-

lin. **Anmeldung erbeten unter Tel.: 030/72 62 22 385 oder per E-Mail: buero.kv-ost@sovd-bbg.de.**

Sozialberatung nach telefonischer Vereinbarung. **Ansprechpartner*in:** Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl oder Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

12. März, 14 Uhr: Mitgliedertreffen, Kommunale Begegnungsstätte, Ruschestraße 43, 10367 Berlin. Vortrag eines Referenten der Kriminalpolizei zum Thema Sicherheit. **Ansprechpartner*in:** Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl oder Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

26. März, 14 Uhr: Mitgliedertreffen, Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12489 Berlin. **Ansprechpartner:** Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ansprechpartner: Bodo Feilke, Tel.: 030/81 78 682, E-Mail: kv.charwil@sovd-bbg.de.

Ortsverband Charlottenburg

19. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Stadtteilzentrum Nehringstraße 8, 14059 Berlin. **Ansprechpartner:** Jürgen von Rönne, Telefon: 030/263 938 02, E-Mail: ov.charlottenburg@sovd-bbg.de.

Ortsverband Wilmersdorf

21. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen. Referat und Diskussion über die Aktivitäten der Frauen im SoVD mit Yvonne Brückmann und Barbara Kubanke. Seniorenzentrum Werner-Bockelmann-Haus, kleiner Saal, Bundesallee 48 b-50, 10715 Berlin. **Ansprechpartner:** Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.

23. März, 10 Uhr: Frauentammtisch im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin. **Anmeldung bei Barbara Kubanke**, Tel.: 030/38 12 703, E-Mail: babsika@gmx.de.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

18. März, 16 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl, Gemeindesaal der ev. Dorfkirche, Alt-Buckow 36-38, 12349 Berlin. **Infos und**

Anmeldung bei Edith Massow, Tel.: 0173/27 29 497 (mobil) oder 030/263 938 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.

SoVD-Beratungsstelle Bürgerzentrum Neukölln

Werbellinstraße 42, 12053 Berlin. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, mittwochs, von 13 bis 15 Uhr, Tel.: 0171/12 51 999 Mail: ks.neukoelln@sovd-bbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

9. März, 14 Uhr: Mitgliedertreffen, Frauen-März, mit Kaffee und Kuchen. **Anmeldung bis 6. März.**

24. März, 10 Uhr: Mitgliedertreffen mit Frühstücksbüfett. **Anmeldung bis 18. März.**

Beratung nur nach Absprache unter Tel.: 030/26 39 38 05.

Alle Veranstaltungen: Geschäftsstelle, Eichborndamm 96, 13403 Berlin, Anfahrt: B 221, B322, S25 (Haltestelle S-Bahnhof Eichborndamm). **Ansprechpartnerin und Anmeldung bei Angelika Golombek**, Tel.: 030/26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de. **Sorgentelefon:** 030/54 49 77 71.

Kreisverband Spandau

Dienstag 10–12 Uhr: Sprechzeiten der Sozialberatung, Termine am Nachmittag nach Vereinbarung. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau-Mitte

13. März, 14 Uhr: Kaffeetafel, Havelterrassen, Spandauer Burgwall 27-29, 13581 Berlin.

28. März, 18.45 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. **Ansprechpartnerin: Elke Beuke**, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau Nord/Süd

21. März, 18.30 Uhr: „Hilfe und Tipps für den Alltag“, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10A, 13597 Berlin. **Ansprechpartnerin: Susanne Witte**, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: SoVD_OV_Spandau_Nord-Sued@gmx.de.

Ortsverband Falkensee

Dienstags, von 10 bis 12 Uhr und nach Vereinbarung: Alltags- und Sozialberatung. Eine mobile Beratung ist möglich. Geschäftsstelle Kreisverband Spandau, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin.

Ansprechpartner: Roland Harnoth, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

7. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, **Maria-Rimkus-Haus**, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

27. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, **Hertha-Müller-Haus**, Argentinische Allee 89, 14163 Berlin. Erreichbar mit Bus 118 bis Haltestelle Siebenendenweg, U3 bis Bahnhof Onkel Toms Hütte.

Infos und Anmeldung bei Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04 oder 030/76 40 32 10, E-Mail: kv.zehlendorf@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

9. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Ehrungen der Frauen zum Internationalen Frauentag, Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin.

Jeden dritten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr: Sprechstunde und Sozialberatung, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Treffpunkt für Ausflüge: U-Bahnhof Rathaus Schöneberg, Freiherr-vom-Stein-Straße.

Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Jeden Dienstag ab 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Kaffee, Kuchen und sozialpolitischen Infos.

3. März, 14 Uhr: Bebilderter Vortrag von Joachim Krüger über das Schloss Charlottenburg und seinen Bürgerpark, Sozialwerk Berlin e.V., Humboldtstraße 12, 14193 Berlin. **Anmeldung erbeten bei Rita Krüger-Bieberstein**, Adresse siehe unten.

6. März, 16 Uhr: Mitgliedertreffen. Zur Vorbereitung auf den Besuch der Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung (BWB) am 15. März gibt Joachim Krüger einen Einblick in die Arbeit, Geschichte und Entwicklung der BWB. **Anmeldung bitte bei Birgit Domröse per E-Mail: post@sovd-bbg.de oder unter Tel.: 030/26 39 38 27.**

26. März, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen. Frühlingsgedichte zur Osterzeit. **Anmeldung erbeten bei Rita Krüger-Bieberstein**, Adresse siehe unten.

Sozialberatung durch Joachim Krüger, dienstags nach telefonischer Terminabsprache.

Ort für alle Veranstaltungen: Waldstr. 48, 10551 Berlin.

Anmeldungen und Ansprechpartnerin: Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06 oder 030/41 44 662, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

SoVD-Sozialmobil

Ansprechpartnerin: Cornelia Schreiber, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: mobil@sovd-bbg.de, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde.

Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Persönliche Beratungstermine nach Vereinbarung. **Ansprechpartnerin: Cornelia Schreiber**, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de.

Cottbus

Ansprechpartner: Michael Netzer, Tel.: 0176/93 22 85 83 (mobil), E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Bad Saarow / Oder-Spree

Ansprechpartner: Christoph Kröber, Tel.: 033631/40 96 98, oder 0177/46 31 307 (mobil), E-Mail: ks.bad-saarow@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Dienstags, von 14 bis 17 Uhr: Sozialberatung mit Frank Gerstmann, Tel.: 0175/19 68 636, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg/Havel, E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.

Ansprechpartnerin: Dagmar Herz, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg a. d. Havel, Tel.: 03381/55 15 131, oder 0152/58 57 78 46 (mobil), E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665 (mobil), E-Mail: kv.brbrnordost@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Hoppegarten

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, 14-16 Uhr, Haus der Generationen (Musiksaal), Lindenallee 12, 15366 Hoppegarten. **Ansprechpartner: Armin Dötsch**, Tel.: 0171/12 51 999, E-Mail: ks.hoppegarten@sovd-bbg.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665 (mobil), E-Mail: ov.prignitzruppin@sovd-bbg.de.



Gemeinsam gegen rechts – für Demokratie und Vielfalt: Dafür ging auch die Landesvorsitzende auf die Straße.

Meta Günther war im Namen des SoVD dabei.

SoVD-Landesfrauensprecherin Regina Ruckdäschel (re.) mit der Staatsministerin Ulrike Scharf.

SoVD auf Großdemonstration in München gegen rechts vertreten

Neujahrsempfang des Bayerischen Landfrauenrates

Bekenntnis zur Demokratie

Landesvorsitzende Meta Günther nahm am 21. Januar an der beeindruckenden Demonstration gegen rechts in München teil. Laut den Initiator*innen nahmen um die 250.000 Menschen an der Veranstaltung für Demokratie und eine tolerante Gesellschaft teil.

Nach den Enthüllungen über rechte „Deportationspläne“ hatten verschiedene Organisationen und Initiativen zu einer Demonstration gegen rechts aufgerufen. Auch Landesvorsitzende Meta Günther kam, um

im Namen des SoVD Flagge zu zeigen und sich für eine offene und tolerante Gesellschaft und gegen Diskriminierung und Hass einzusetzen.

Die Aktion erhielt so großen Zuspruch, dass sie aus Sicher-

heitsgründen frühzeitig beendet werden musste.

Das Fazit der Teilnehmenden war: Diese Veranstaltung war ein wichtiges Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Hetze!

Kampf für Frauenrechte

Am 25. Januar hatte der Bayerische Landesfrauenrat zum Neujahrsempfang in die Allerheiligen-Hofkirche in der Residenz in München eingeladen. Auch SoVD-Landesfrauensprecherin Regina Ruckdäschel gehörte zu den Gästen.

Der Abend begann mit einer herzlichen Begrüßung und einer inspirierenden Rede der Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrates, Monika Meier-Podja. Anschließend hielt die Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales (CSU), Ulrike Scharf, eine beeindruckende Rede mit der Kernaussage: „Wenn wir für Frauenrechte kämpfen, kämpfen wir für Menschenrechte“.

Neben den Reden gab es weitere Programmpunkte. Die Journalistin Susan Djahangard führte ein interessantes Interview und das Ensemble „La Vie“ präsentierte ein berührendes Theaterstück zum Thema „100 Jahre Feminismus“. SoVD-Landesfrauensprecherin Regina Ruckdäschel nutzte die Gelegenheit, um Gespräche zu führen und neue Kontakte zu knüpfen. Die Veranstaltung war eine gute Gelegenheit, sich mit Mitstreiterinnen auszutauschen.

Kostenlose App zeigt Pollenflug in Bayern an

Hilfestellung bei Allergien

Bayerns Gesundheits- und Präventionsministerin Judith Gerlach hat darauf hingewiesen, dass Allergiker*innen sich mit der kostenlosen bayerischen ePIN-App über den aktuellen Pollenflug informieren können.

Mithilfe von acht elektronischen Messstationen beobachtet das elektronische Polleninformationsnetzwerk (ePIN) seit 2019 den aktuellen Pollenflug in Bayern und deckt ihn bayernweit möglichst repräsentativ ab. Die Daten werden alle drei Stunden aktualisiert. Sie können neben der ePIN-App auch online abgefragt werden unter: www.epin.bayern.de und www.pollenflug.bayern.de.

Bayerns Staatsministerin für Gesundheit, Judith Gerlach (CSU), erläutert: „Mit der App lassen sich auf dem Smartphone auch mehrere Pollenarten gleichzeitig anzeigen. Damit können sich Betroffene besser auf die aktuelle Situation einstellen und ihren Tagesablauf planen.“ Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) entwickelt die ePIN-Angebote beständig weiter. Im Laufe dieses Jahres soll auch ein persönlicher Tagebuchbereich in den ePIN-Apps und auf der Webseite für Nutzer*innen zur Verfügung stehen.

Nach Schätzungen sind in Bayern derzeit etwa 3,5 Millionen Menschen im Alter von 18 bis 79 Jahren von Allergien betroffen, rund 1,4 Millionen davon leiden an Heuschnupfen.

Quelle: bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege



Engagiert im SoVD-Einsatz.



Münchens Straßen waren überfüllt mit Demonstrierenden.



Einer von vielen Slogans.



Die sogenannte „schweigende Mehrheit“ zeigte sich lautstark.

Wir suchen dich!

Für seine Ortsverbände in Röthenbach und Nürnberg-Fürth sucht der SoVD Bayern engagierte Mitglieder:

- **eine*n stellvertretende*n Ortsvorsitzende*r** unterstützt den Ortsvorsitzenden bei seinen Aufgaben
- **eine*n Schatzmeister*in**
Kassenführung (bar und Bank)
Prüfung der ordentlichen Buchführung
- **eine*n Schriftführer*in**
Protokoll-Erstellung
Verfassen von Einladungen, Glückwünschen etc.

Mehr Informationen gibt es bei der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 089/530527.



Bürgermeister Hans-Georg Borchert (li.) und der neu gewählte Vorstand des SoVD Michelau.

Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen im Ortsverband Michelau

2024 steht eine Fusion an

Am 13. Januar fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Michelau im BRK-Mehrgenerationenhaus statt. Neben zahlreichen Mitgliedern konnte Vorsitzender Günther Ruckdäschel auch den Zweiten Bürgermeister Hans-Georg Borchert bei einem Sektempfang begrüßen.

Vorsitzender Günther Ruckdäschel gab zu Anfang der Versammlung einen Rückblick über die im letzten Jahr geleistete Arbeit des Ortsverbandes:

Er hat Mitglieder unterstützt bei Anträgen, Widersprüchen oder Arzt- und Amtsterminen. Der SoVD stand den Mitgliedern auch bei der Pflegebegutachtung mit Rat und Tat zur Seite.

Eine große Herausforderung wird die Fusion mit dem Ortsverband Ebensfeld sein. Ebensfeld hat seit etwa sechs Monaten keinen Vorstand mehr. Daher bietet sich hier der Zusammenschluss mit dem aktiven Ortsverband Michelau an.

Der SoVD Michelau beteiligte sich auch aktiv am Ver-

einsleben der Gemeinde mit Sozialsprechtagen und Kaffeekränzchen, welche immer gut besucht sind. Ruckdäschel dankte dem Vorsitzenden des Mehrgenerationenhauses und dem BRK für die positive Zusammenarbeit.

Weitere wichtige Punkte auf der Tagesordnung der Jahreshauptversammlung waren die Entlastung des bisherigen Vorstandes und die Neuwahlen. Die Ämter sind wie folgt besetzt:

- 1. Vorsitzender: Günther Ruckdäschel,
- 2. Vorsitzender: Thomas Fischer,
- Kassenverwalter und Stellvertreterin: Markus Rübensaal und Melanie Schütz,

- Schriftführerin und Stellvertreterin: Regina Ruckdäschel und Katja Rübensaal,
 - Jugendbeauftragte: Lena Rübensaal und Melanie Schütz,
 - Beisitzer*innen: Sebastian Süppel, Rosemarie Schäftlein, Eberhard Hoffmann, Sonja Rübensaal und Christine Fischer,
 - Kassenrevision: Winfried Heine und Dr. Josef Haas,
 - Delegierte: Thomas Fischer, Günther Ruckdäschel, Regina Ruckdäschel, Sabine Süppel und Eberhard Hoffmann,
 - Ersatzdelegierte: Sebastian Süppel und Sonja Rübensaal.
- Der Bürgermeister bedankte sich für das Engagement und lobte die positiven Veränderungen für die Gemeinde.



Sozialberatung

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Impplerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089/530527.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/5273691 oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach telefonischer Absprache mit Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Telefon: 0170/5273691 (mobil) oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Telefon: 09543/5349, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner,

Telefon: 0911/9801501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, von 13.30 von 14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Telefon: 09571/83585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Telefon: 0911/9801501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz/Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Telefon: 09543/5349, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken/Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Telefon: 09543/5349, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache bei Elfriede Schreiner, Telefon: 0911/9801501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Telefon: 0911/9801501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27-29, 90403 Nürnberg, Mo bis Do, von 9 bis 11 Uhr, und nach telefonischer Vereinbarung. Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Telefon: 0911/9801501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs/Adobe Stock

Ortsverband Lautertal

10. März, 11.30 Uhr: SoVD-„Bratengelaber“, Sportheim TSV Unterlauter, Lauterstraße 1, 96486 Lautertal.

14. März, 18 Uhr: Vorstandssitzung im „Bergstüble“, Am Gründlein 1, 96486 Neukirchen.

Ortsverband Michelau

8. März: Vortrag zum Internationalen Frauentag, voraussichtlich im Mehrgenerationenhaus. Bitte Uhrzeit und Ort erfragen beim Vorsitzenden Günther Ruckdäschel unter Tel.: 09571/83585.

Glückwünsche



Foto: Alekss/Adobe Stock

Kein kluger Mensch hat jemals gewünscht, jünger zu sein.

Jonathan Swift

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Monat März Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 11.3.: Monika Kemper, Mainburg; 26.3.: Herbert Schaumberger, Mitterteich; 28.3.: Waldemar Schmieschek, Kronach.

70 Jahre: 4.3.: Eva-Maria Maresch, Gößweinstein; 11.3.: Marita Brückner, Ahorn; 28.3.: Elisabeth Basso, Emskirchen.

75 Jahre: 2.3.: Berta Steckert, Nürnberg; 5.3.: Udo Schaller, Lautertal; 19.3.: Gerhard Köhlerschmidt, Michelau.

85 Jahre: 19.3.: Walfriede Blankenburg, München; 28.3.: Richard Neulinger, Weiden; 31.3.: Achim Rustemeyer, Rentweinsdorf.

90 Jahre: 23.3.: Luitgard Schwandner, Tegernheim; 25.3.: Ludwig Egeter, Leinburg.

Jetzt Mitglieder werben

Die Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“ des SoVD-Landesverbandes Bayern geht weiter: Für jedes neu geworbene Mitglied, sei es für Einzel-, Partner- oder Familienmitglieder, bekommen SoVD-Mitglieder einen 15-Euro-Gutschein.

Weitere Informationen dazu gibt es unter Tel.: 089/530527 oder mit einer E-Mail an: info@sovd-bayern.de.

SoVD Südhessen ist offiziell in seine neuen Räume umgezogen

Mehr Platz für die Beratungen

Bereits im Herbst hatte Sekretärin Yvonne Hartwig ihr neues Büro in der Friedensstraße 26 in Obertshausen bezogen. Jetzt wurde der Umzug des Kreisverbandes in die neuen Räume abgeschlossen und die Lokalität offiziell eingeweiht.

„Gut Ding will Weile haben“, weiß der Volksmund. Beim SoVD-Kreisverband Südhessen trifft dies in besonderer Weise zu, denn das erfreuliche Ergebnis in Form der neuen Geschäftsstelle kann sich sehen lassen.

„Nach über viereinhalb Jahren Tätigkeit an der Erzberger Straße konnten wir uns mit dem Umzug der Kreisgeschäftsstelle auch räumlich an das erweiterte Angebot anpassen“, freute sich Rudolf Schulz, Vorsitzender des Kreisverbandes Südhessen und zugleich des Ortsverbandes Obertshausen, den er 2018 wiederbelebt hatte. Für Rollstuhlfahrer*innen und Menschen mit eingeschränkter Gehfähigkeit ist die neue Geschäftsstelle im dritten Stock über einen großen Aufzug gut erreichbar.

Vermieter der Räumlichkeiten ist die AWO Obertshausen. „Wir wollen mit der örtlichen Zusammenlegung der Sozialberatungsstelle des SoVD mit der AWO Geschäftsstelle eine gemeinsame Anlaufstelle für Betroffene bieten“, sieht Schulz Synergieeffekte.

Neben dem modern ausgestatteten Büro bietet dem Team des SoVD ein lichter Beratungsraum sowie ein großes Sitzungszimmer, das mit Absprache der AWO Obertshausen genutzt werden kann, ausreichend Platz für das breite Dienstleistungsangebot des in Hessen rasch wachsenden SoVD.

Erste positive Erfahrungen mit der neuen Umgebung hat auch bereits Landesgeschäfts-



alle Fotos: Peter Back

V. li.: Obertshausens 1. Stadtrat Michael Möser überreicht Peter Reichardt (2. Vorsitzender des Ortsverbandes Obertshausen) und Rudolf Schulz (Vorsitzender des Kreisverbandes Südhessen und Ortsverbandes Obertshausen) eine Orchidee zur Einweihung.

führer Thomas Hammer im Rahmen seiner regelmäßig angebotenen Sprechstunden gemacht. „Wir sind mit über 600.000 Mitgliedern der zweitgrößte Sozialverband Deutschlands und in 16 Landesverbände gegliedert“, stellte Hammer den geladenen Gästen, darunter Landeskassenwartin Marita Schliephorst, Schatzmeister des Kreisverbandes Südhessen Bernd Müller, Peter Reichardt, stellvertretender Vorsitzender des Ortsverbandes Obertshausen, Yvonne Hartwig, Sekretärin des Kreisverbandes Südhessen, Silvia Acemi, Vorsitzende des Ortsverbandes der AWO Obertshausen, Guido Wilbert, stellvertretender Vorsitzender der AWO Obertshausen sowie Elmar Fuß, Vorsitzender des DRK Hausen, den SoVD vor.

„Der hessische SoVD-Landesverband hatte 2023 einen

Mitgliederzuwachs von elf Prozent, den zweitgrößten bundesweit. Als größter der vier hessischen Kreisverbände umfasst der Kreisverband Südhessen zehn Ortsverbände, in denen die Mitgliederzahl sogar um 31 Prozent auf 1.747 Personen gestiegen ist.“

Hammer berichtete von der Kernkompetenz des SoVD, die in der umfangreichen Beratung des gesamten Sozialrechts besteht und von den Themenfeldern, die vom Arbeitslosengeld I über das Bürgergeld und Versorgungsamtsanträge bis hin zu den Erwerbsminderungsrenten reichen. Die Beratung ist in Hessen an die günstige SoVD-Mitgliedschaft gekoppelt.

„Ein weiteres großes Anliegen ist mir die gute Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtler*innen und Hauptamtlichen“, betonte Hammer in seiner Rede.



Das neue Sekretariat und das neue Beratungszimmer des Kreisverbandes Südhessen.

SoVD-Sozialjuristin Sigrid Jahr im Portrait

Mit Leib und Seele dabei

„Das Sozialrecht ist hochinteressant.“ „Ich helfe gerne Menschen, die in Not geraten sind.“ und „Die Verwaltung sollte für den Bürger da sein, nicht umgekehrt.“ sind nur drei von zahlreichen Aussagen, die den Enthusiasmus charakterisieren, den Sigrid Jahr bei ihrer Tätigkeit als Sozialjuristin für den SoVD an den Tag legt.

Die meisten Menschen seien einfach überfordert und hilflos, wenn sie eine Therapie oder ein Hilfsmittel beantragen wollen, beobachtet Sigrid Jahr, die seit rund fünf Jahren für die SoVD-Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz in der Sozialrechtsberatung aktiv ist. Immer wieder trifft sie Menschen, von denen viele unverschuldet in Not geraten sind und die in ihrem bisherigen Leben noch nie eine Unterstützung bei einem Amt oder einer Kasse beantragt haben. Erhalten sie einen Ablehnungsbescheid, sind sie nicht selten kopflos, zumal dieser in der Regel mit einer Widerspruchsfrist verbunden ist.

Durchschnittlich acht Beratungen führt Jahr täglich durch, wobei diese an die SoVD-Mitgliedschaft gekoppelt sind. „Bei uns gibt es keine Wartezeiten, denn schon beim Erstkontakt kann der Mitgliedsantrag direkt online aktiviert werden“, sieht Jahr einen großen Vorteil des SoVD. Gerade bei Terminanliegen und Fristsetzungen ist dies ein unschätzbare Vorteil für die Betroffenen. Rund 130 Fälle jährlich, von Vorverfahren über Anträge und Widersprüche bis hin zu Klagen, die bis zu vier Jahre dauern können, bearbeitet sie für die Mitglieder in beiden Bundesländern.

Wechselnde Wohnorte in der Kindheit

Dabei war es in ihrer Jugend nicht absehbar, dass sie heute einmal so vielen Menschen würde helfen können. 1963 geboren, verlebte sie ihre Kindheit in Berlin, Sylt und in Diez an der Lahn. „Ursprünglich wollte ich Kieferchirurgin werden, weil ich von der Ästhetik und den Möglichkeiten, zu gestalten, fasziniert gewesen war“, erinnert sich Jahr daran, dass in ihr schon früh der Wunsch geweckt wurde, zu studieren. In den Schulferien verdiente sie ein Zubrot bei einer arabisch-luxemburgischen Bank. Der dortige Personalchef ermunterte sie, Betriebswirtschaftslehre (BWL) oder Jura zu studieren – Abschlüsse, die in einer Bank gern gesehen werden. Während ihres Studiums arbeitete sie nebenbei unter anderem als Flugbegleiterin sowie als Model auf Messen.

Von der Privatwirtschaft zum Sozialverband

Ein namhaftes französisches Bankinstitut wurde schließlich für viele Jahre ihre berufliche Heimat, ehe sie mehrere Jahre für eine Regionalbank in Norddeutschland tätig war. 2004 kehrte sie ins Rhein-Main-Gebiet zurück und arbeitete 13 Jahre in der Rechtsabteilung einer Medizinprodukte-Firma. Zudem war sie im Verkauf tätig und studierte erfolgreich berufsbegleitend BWL. Vorträge und Schulungen für die Agentur für Arbeit zum Thema Privatinsolvenz brachten sie fast automatisch mit dem Sozialrecht in Kontakt. „Ich bin arbeitsunfähig. Kann ich schon Rente beantragen?“ war nur eine von zahlreichen Fragen, mit denen sich Arbeitssuchende während ihrer Vorträge an sie wandten. Rasch war ihr Interesse am stiefmütterlich behandelten Sozialrecht geweckt.

2019 stieß Sigrid Jahr im Internet auf eine Annonce des SoVD Rheinland-Pfalz, der dringend Sozialjurist*innen suchte. Inzwischen berät sie auch beim SoVD Hessen. „Ich habe großen Spaß an der Materie und liebe es einfach, Menschen in Not helfen zu können“, sagt Jahr. Durch ihre Empathie, aber auch dank ihrer umfassenden Berufs- und Lebenserfahrung, ist Sigrid Jahr ein wahrer Glücksgriff für den SoVD, allen voran für seine Mitglieder.



Sozialjuristin Sigrid Jahr an ihrem SoVD-Arbeitsplatz.



Foto: Photographee.eu/Adobe Stock

Bedrohung und Gewalt in Beziehungen werden leider immer noch als „Privatsache“ betrachtet, in die man sich nicht einmischen will.

Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen

„... und was tust du?“

In Deutschland werden Frauen täglich Opfer von häuslicher Gewalt, Stalking, sexualisierter oder anderen Formen der Gewalt. So wurden in Deutschland im Jahr 2022 über 171.000 Fälle von häuslicher Gewalt gegen Frauen polizeilich erfasst. In 126 Fällen handelte es sich dabei um Mord oder Totschlag. Und die Dunkelziffer ist hoch.

Mit der Öffentlichkeitskampagne „... und was tust du?“ ruft das Hessische Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales (HMSI) zum Handeln auf. Gewaltprävention zu stärken und Unterstützung für alle betroffenen Frauen und Mädchen erreichbar zu machen, hat für die Landesregierung höchste Priorität. Die Hessische Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales, Heike Hofmann, verweist aber auch auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung: „Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter. Sie beginnt nicht erst mit Schlägen – auch Erniedrigung, Beschimpfung, Bedrohung, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, Stalking oder Kontrolle sind, im digitalen wie im analogen Raum, Formen von Gewalt. Jede Frau, unabhängig von Alter, Herkunft und Bildungsstand, kann von Gewalt betroffen sein. Schauen Sie hin, sprechen Sie mit den Betroffenen – und rufen Sie im Notfall die Polizei.“

Mit der Präventionskampagne „... und was tust du?“ will die Landesregierung dazu beitragen, vorhandene Schiefen in der Debatte über Gewalt gegen Frauen zu verdeutlichen und Hilfsangebote für Betroffene noch bekannter zu machen. Um Gewalt gegen Frauen zu beenden, ist es dringend notwendig, die verschiedenen Formen zu erkennen und benennen zu können. Die Kampagne klärt auf, wie sich körperliche, psychische, wirtschaftliche und sexualisierte Gewalt äußern können. Dabei setzt sie auf verschiedene Motive, um das Bewusstsein zu schärfen. Diese stehen als Aktionsplakate und Sharepics für Social Media kostenfrei zum Download auf der Internetseite (Link siehe unten) bereit.

„Wir alle sind gefordert, aktiv gegen Gewalt einzutreten und Betroffenen Hilfe und Unterstützung anzubieten – und zwar, indem wir sensibel sind für Anzeichen von Gewalt, Betroffenen unsere Unterstützung anbieten und uns aktiv für eine gewaltfreie Gesellschaft einsetzen“, sagt Ministerin Hofmann.

Weitere Informationen zur Kampagne „... und was tust du?“ und zu Hilfsangeboten für Betroffene finden Sie auf der Internetseite zur Kampagne unter: <https://soziales.hessen.de/frauen/hilfe-bei-gewalt/und-was-tust-du>

Quelle: HMSI

Jeder dritte Mann findet Gewalt gegen Frauen akzeptabel.

Die anderen beiden diskutieren, ob die Statistik stimmt.

... und was tust DU?

Werde aktiv gegen Gewalt an Frauen! Informiere dich jetzt unten: undwas.tustdu.hessen.de

HESSEN
Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Grafik: HMSI

Eines der Motive zum Download für Social Media Kanäle



Sprechstunden und Sozialberatung

Sollte nichts anderes vermerkt sein, finden die Sozialberatungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Termine der Sozialjurist*innen Sigrid Jahr, Thomas Meinel und Annette Mülot-Carvajal-Gomez werden über die Sozialberater*innen oder die Landesgeschäftsstelle vermittelt.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Christine Weidenauer, Bürozeiten: montags bis freitags, 10–14 Uhr. Tel.: 0611/85 108, oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Terminvereinbarung bei Helga Kläs, Sozialberaterin und Vorsitzende, unter Tel.: 06422/89 87 202, per E-Mail: hklaes@sovd-hessen.de und bei Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/51 524 oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Wetter

Rathaus, Zimmer 2 im UG, Marktplatz 1, jeden ersten und dritten Montag im Monat, 15.30–18 Uhr.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung Bad Wildungen
SoVD-Büro, Trumpe 2 (Eingang Bahnhofstraße), montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr. Terminvereinbarung bei Hans-Jürgen Schmidt, Sozialberater und Vorsitzender, unter Tel.: 05621/96 78 787,

Tel.: 0151/19 18 19 99 oder per E-Mail: hans-juergen.schmidt@sovd-hessen.de oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Calden

Irmgard Fohr, Kreisverbands-Vorsitzende, Tel.: 05674/65 67, E-Mail: irmgardfohr@gmx.de.

Beratung Hofgeismar

Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

Beratung Kassel

AWO-Haus, Wilhelmshöhe Allee 32 a, Annette Mülot-Carvajal-Gomez, dienstags 14–17 Uhr und donnerstags 10–13 Uhr, Tel.: 0561/14657.

Beratung Korbach

Ralf Wiegelmann, Tel.: 0171/76 30 410.

Beratung Vernahahlshausen

Sonja Hettler, Tel.: 05571/49 52.

Kreisverband Osthessen

Terminvereinbarung bei Marita Schliephorst, Sozialberaterin und Vorsitzende, unter Tel.: 06655/74 02 26, Tel.: 0176/95 53 81 36 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Eschwege

AWO, An den Anlagen 8, jeden ersten Dienstag im Monat, 14–16 Uhr.

Beratung Fulda

Sozial- und Arbeitsgericht, Sitzungssaal im EG, Am Hopfen-

garten 3, jeden ersten Montag im Monat, 14–16 Uhr.

Beratung Rotenburg

Neues Rathaus, Altenstube im 1. OG, Marktplatz 14–15, jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Beratung Sontra

Bürgerhilfe, Niederstadt 41, jeden ersten Montag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Südhessen

Vorsitzender Rudolf Schulz, Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung bei Sekretärin Yvonne Hartwig, Tel.: 0152/52 69 12 80, E-Mail: yvonne.hartwig@sovd-hessen.de

Beratung Bad Homburg

Sozialberatungsstelle Schöne Aussicht 24, Sigrid Jahr, Tel.: 0151/43 10 67 54.

Beratung Bad Vilbel

Berufsförderungswerk BFW, Huizener Straße 60, jeden zweiten Donnerstag ab 13 Uhr, Tel.: 0611/8 51 08.

Beratung Freigericht

Rathausstraße 13, jeden zweiten Samstag im Monat, 9–12 Uhr, Thomas Hammer, Tel.: 0151/50 71 01 56.

Beratung Obertshausen

Friedensstraße 26, Vermittlung durch Sekretärin Yvonne Hartwig, Tel.: 0152/52 69 12 80, E-Mail: yvonne.hartwig@sovd-hessen.de.

Beratung Wiesbaden

siehe Landesverband Hessen.

AOK Hessen besorgt über übermäßige Verschreibung von Reserve-Antibiotika

Resistenzen befürchtet

Reserve-Antibiotika gelten als Mittel der zweiten Wahl und sollen nur bei bestimmten Indikationen eingesetzt werden. Aber dafür werden sie auffallend oft eingenommen. Insbesondere in Hessen. Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WiDO) hat hierzu Verordnungszahlen vorgelegt.

Trotz des grundsätzlich positiven Trends nach unten über die vergangenen Jahre werden Reserve-Antibiotika immer noch zu oft verordnet – bundes – und vor allem hessenweit. Sie sollten den Leitlinien entsprechend nur im Bedarfsfall bei schweren bakteriellen Erkrankungen eingesetzt werden. Sonst werden Bakterien resistenter gegen Antibiotika.

Allerdings macht ihr Anteil in Hessen an allen Antibiotika-Verordnungen recht hohe 52 Prozent aus (2022). Wobei es 2013 allerdings noch ganze 62 Prozent waren. Beispiel-

weise werden in Bundesländern wie Niedersachsen und Bayern aktuell Werte von 46 Prozent erreicht. Je 1.000 GKV-Versicherte gab es 227 Verordnungen hessenweit, im Bund waren es jedoch nur 176 im Jahr 2022.

„Der Anteil von Reserve-Antibiotika müsste erheblich niedriger liegen. Ein zu sorgloser Umgang kann schnell zum Bumerang werden, wenn die Wirkung erheblich abflacht“, meint Dr. Christoph-Gerard Stein, beratender Arzt bei der AOK Hessen.

Quelle: AOK Hessen



Foto: Barbara Taylor/Adobe Stock

Antibiotika sollten nicht zu oft eingenommen werden.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund informiert zur medizinischen Reha

Mit Reha wieder fit für den Job

Eine medizinische Rehabilitation soll nach einem Unfall oder einer Krankheit helfen, wieder fit für den Arbeitsalltag zu werden oder zumindest verhindern, dass sich die Arbeitsfähigkeit weiter verschlechtert. Und davon profitieren beide Seiten: Versicherte sind länger erwerbstätig und bleiben der Rentenversicherung darüber hinaus auch als aktive Beitragszahler*innen erhalten.

Sie können Leistungen zur medizinischen Rehabilitation bekommen, wenn ihre Erwerbsfähigkeit erheblich gefährdet oder bereits gemindert ist. Wenn Sie schon einmal eine Reha hatten, können Sie in der Regel erst vier Jahre später bei Bedarf die nächste Reha bekommen. Besteht aus gesundheitlichen Gründen aber schon früher ein dringender Bedarf, können Sie die nächste Reha auch früher erhalten.

Bei der Antragstellung müssen bestimmte versicherungsrechtliche Bedingungen erfüllt sein: Sechs Kalendermonate mit Pflichtbeitragszahlungen an die Deutsche Rentenversicherung in den letzten zwei Jahren ist die am häufigsten erfüllte Voraussetzung.

Rentenversicherungsträger prüft Voraussetzungen

- Bei Versicherten der Deutschen Rentenversicherung Westfalen wird ein medizinisches Gutachten erstellt. Dieses wird von der Stelle, bei der der Antrag eingeht, oder vom Rentenversicherungsträger in Auftrag gegeben.
- Versicherte der Deutschen Rentenversicherung Bund können wählen, ob ihr*e behandelnde*r Ärztin*Arzt oder Betriebsärztin oder-arzt einen Befundbericht erstellt, der mit dem Antrag eingereicht wird oder ob sie von einem Gutachter untersucht werden.
- Bei allen anderen Rentenversicherungsträgern lassen die Versicherten von der*dem behandelnden Ärztin, Arzt oder Betriebsärztin*-arzt einen Befundbericht erstellen, den sie mit dem Antrag einreichen. Rehabilitationsleistungen



Foto: Jenny Sturm/Adobe Stock

Medizinische Betreuung gehört zu den Leistungen der Reha.

müssen die Versicherten selbst beantragen. Die Formulare gibt es bei der Rentenversicherung sowie bei den Auskunft- und Beratungsstellen auch gesetzliche Krankenkassen und Versicherungsämter nehmen die Anträge entgegen. Alle genannten Stellen helfen gerne beim Ausfüllen der Formulare. Zusätzlich besteht die Möglichkeit der Online-Antragstellung.

Wünsche können berücksichtigt werden

Die Rentenversicherung teilt Ihnen in einem Bescheid die Art der Reha, die Reha-Einrichtung und die Dauer mit. Den genauen Starttermin bekommen Sie unaufgefordert von der Reha-Einrichtung mitgeteilt.

Bei der Auswahl der Rehaleistungen und einer geeigneten Einrichtung werden Wünsche berücksichtigt, wenn das Reha-Ziel dort mit der gleichen Wirkung und mindestens ebenso wirtschaftlich erreicht werden kann wie in einer Einrichtung, die der Rentenversicherungsträger ausgewählt hat. Wünsche zur Region, zum Ort oder zu einer speziellen

Reha-Einrichtung sollten deshalb bereits im Antrag formuliert werden.

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sind sowohl stationär als auch ganztätig ambulant möglich und dauern in der Regel drei Wochen. Sie können je nach Bedarf verkürzt oder verlängert werden.

Kosten und finanzielle Absicherung

Die Kosten für Reise, Unterkunft, Verpflegung, ärztliche Betreuung, therapeutische Leistungen und medizinische Anwendungen trägt der zuständige Rentenversicherungsträger. Wenn Sie vor Ort in einer Reha-Klinik untergebracht werden, müssen Sie sich anteilig an den anfallenden Kosten beteiligen – und zwar höchstens mit 10 Euro pro Tag für längstens 42 Tage im Kalenderjahr. Haben Sie in einem Jahr bereits Rehaleistungen – auch von der Krankenkasse – in Anspruch genommen, werden alle Tage der Zuzahlung berücksichtigt.

Die Zuzahlung ist außerdem von der jeweiligen Einkommenssituation abhängig, bis zur ganzen oder teilweisen Befreiung.

Arbeitnehmende haben für die Zeit der Rehaleistung Anspruch auf Fortzahlung ihres Gehalts, im Allgemeinen sechs Wochen. Ist der Anspruch wegen gleichartiger Vorerkrankung ganz oder teilweise verbraucht, können Sie vom Rentenversicherungsträger Übergangsgeld für die Dauer der medizinischen Rehabilitation erhalten. Dafür müssen Sie unmittelbar vor Beginn der Leistungen oder einer vorangegangenen Arbeitsunfähigkeit Beiträge an die Rentenversicherung gezahlt haben.



Foto: StudioLaMagica/Adobe Stock

Eine ungeliebte, aber notwendige Aufgabe ist das Ausfüllen der Formulare für die jährliche Steuererklärung.

Steuerformular 2023 mit neuen Anlagen

Wichtige Änderungen in der Steuererklärung 2023

Doppelte Haushaltsführung, Anlage SO oder Anlage V Sonstiges: Es gibt zahlreiche Erweiterungen und Neuformulierungen sowie zwei komplett neue Anlagen bei den Steuerformularen 2023. Der Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH) gibt einen Überblick über die wichtigsten Änderungen.

Doppelte Haushaltsführung

Wer aus beruflichen Gründen am Arbeitsort eine zusätzliche Wohnung oder ein Zimmer mietet, um nicht täglich zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln zu müssen, kann einen Teil der damit verbundenen Kosten steuerlich geltend machen. Ab dem Veranlagungszeitraum 2023 gibt es eine neue, eigene Anlage mit dem Titel „Anlage N Doppelte Haushaltsführung“, um diese Ausgaben zu erfassen. Die Anlage beinhaltet auch neue Zeilen zur doppelten Haushaltsführung im Ausland, um den Verpflegungsmehraufwand genau berechnen zu können.

Anlage N „häusliches Arbeitszimmer“

Die „normale“ Anlage N wurde ebenfalls umstrukturiert, vor allem im Hinblick auf das häusliche Arbeitszimmer: Ab 2023 gibt es nur noch zwei Möglichkeiten, Werbungskosten für das Arbeiten von zu Hause in der Steuererklärung anzugeben.

Zum einen das häusliche Arbeitszimmer: Sämtliche Kosten für das Arbeitszimmer sind als Werbungskosten absetzbar, wenn es den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit bildet. Das ist zum Beispiel bei manchen Journalistinnen und Journalisten der Fall. Wollen diese die vollen Kosten für ihr Arbeitszimmer in der Steuererklärung angeben, müssen sie die Ausgaben anteilig ermitteln – also für Gas, Wasser, Strom, Miete oder auch Versicherungen. Ab 2023 kann für das Arbeitszimmer alternativ die Pauschale von 1.260 Euro geltend gemacht werden, so spart man sich das Suchen und Ausrechnen von Belegen.

Für alle übrigen Arbeitnehmer*innen gibt es die zweite Variante, um die Kosten ihres Arbeitsplatzes zu Hause steuerlich geltend zu machen: Sie können ab 2023 die Homeoffice-Pauschale von maximal 1.260 Euro ansetzen (2022 waren es 600 Euro). Allerdings darf diese nur für tatsächlich im Homeoffice verbrachte Arbeitstage in der Steuererklärung eingetragen werden. Pro Tag sind es dann 6 Euro und anerkannt werden maximal 210 Tage (210 Tage x 6 Euro = 1.260 Euro).

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Neu ab Veranlagungszeitraum 2023 ist die Anlage „V Sonstiges“. Darin sollen nun alle Einkünfte aus einer Grundstücksgemeinschaft sowie Einnahmen aus einer Untervermietung erfasst werden. Die bisherige Anlage V für Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung verlängert sich auf vier Seiten.

Quelle: VLH

Der Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland wünscht seinen Mitgliedern ein frohes Osterfest!



Foto: drubig-photo/Adobe Stock

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs/Adobe Stock

Ortsverband Homburg-Saarbrücken

9. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen im Vereinslokal Tus Lappentascherhof, Robert-Schumann-Straße, 66424 Homburg.

Sprechstunden



Foto: Tiko/Adobe Stock

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen, dann wenden Sie sich bitte zunächst telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, unter Tel.: 0631/73 657 oder Tel.: 06131/69 30 165. Dort verweist man Sie dann an die*den für Ihre Frage zuständige Berater*in.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/43 10 67 54 zur Verfügung.
- Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 zur Verfügung.
- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/43 13 59 02 zur Verfügung.

Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende (z. B. Gabriele Scheppelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58 (mobil), Richard Dörzapf, **Rülzheim**, Tel.: 07272/61 60, und Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01) nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erteilt die Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67655 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e.V. Sozialrechtsberatung vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an. Sozialrechtsberater Sven Heidenmann steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich. Sprechtag nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98 (mobil), Änderung vorbehalten.

Spiesen-Elversberg: 6. März, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 6. März, 13.30–16 Uhr, AWO Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10.

Nonweiler: 20. März, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim (Sozialbüro links), Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 20. März, 13.30–16 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen im Ortsverband Berzhahn

Bekannte Gesichter im Vorstand

Am 21. Januar fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Berzhahn statt. Neben der turnusmäßigen Neuwahl des Vorstandes stand auch eine Mitgliederehrung für 20 Jahre im SoVD auf der Tagesordnung.

Die Ortsverbandsvorsitzende Martina Serowi begrüßte zu Beginn der Hauptversammlung herzlich alle erschienenen Mitglieder. Dann erfolgte der Kasernenbericht. Im Anschluss wurde der Vorstand neu gewählt: Alle bisherigen Vorstandsmitglieder des Vorstandes wurden in ihren Funktionen bestätigt. Als Beisitzer konnte Achim Serowi dazu gewonnen werden.

Am Ende gab es noch eine Ehrung: Hellmut Binger erhielt von der Vorsitzenden für 20 Jahre Mitgliedschaft im SoVD eine Urkunde und das dazugehörige Abzeichen.



Die Vorsitzende Martina Serowi gratuliert Mitglied Hellmut Binger.

Neues Versorgungsprogramm der AOK für Osteoporose-Erkrankte

Individueller Behandlungsplan

Seit Januar 2024 ist in Rheinland-Pfalz erstmalig für gesetzlich Versicherte das neue „Disease Management Programm“ (DMP) für Patient*innen mit einer medikamentös behandlungsbedürftigen Osteoporose am Start.

Osteoporose ist eine Skeletterkrankung, bei der beispielsweise die Knochen an sich instabil werden (sogenannter Knochenschwund) und dadurch leichter brechen können. Die Betroffenen leiden insbesondere im fortgeschrittenen Stadium an chronischen Schmerzen, Kurzatmigkeit, Schlafstörungen und einer eingeschränkten Beweglichkeit.

„Unser Ziel ist, dass die Betroffenen im Zusammenspiel mit unseren Gesundheitspartnern sektorenübergreifend

engmaschiger versorgt sind. Zudem wird so die Lebensqualität gesteigert und die individuelle Gesundheitskompetenz gestärkt“, sagt Dr. Martina Niemeyer, Vorstandsvorsitzende der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland. Die Therapieziele sind unter anderem: Vermeidung von Frakturen – auch durch Vermeidung von Stürzen, Erhöhung der Lebenserwartung, Verbesserung oder Erhalt einer selbstbestimmten Lebensführung, Reduktion von Schmerzen, Verbesserung oder Erhalt

von Funktion und Beweglichkeit sowie Empfehlungen zur gesunden Lebensweise.

Die teilnehmenden Patient*innen erhalten von der Hausärztin oder dem Hausarzt, in Zusammenarbeit mit den weiteren Akteuren, einen individuellen Behandlungsplan. Elementar ist dabei ein gut abgestimmtes, ineinandergreifendes Versorgungsnetz aus Hausärzten- und Fachärzteschaft (zum Beispiel Orthopädie, Unfallchirurgie), Krankenhäusern und Rehaeinrichtungen. *Quelle: AOK Rheinland-Pfalz/Saarland*



Glückwünsche

60 Jahre: 7.3.: Rolf Entzming, Winden; Volker Haas, Bellheim; 8.3.: Robert Spang, Heidesheim; 9.3.: Michael Günther, Hochspeyer; 13.3.: Manuela Merz, Nierstein; 15.3.: Renate Ballbach, Waldmohr; 20.3.: Hartmut Schumacher, Asbach; Steven Gibbons, Hördt; 23.3.: Cornelia Schuster, Lehmen; 28.3.: Martin Schneider, Bingen; 29.3.: Norbert Rembach, Rieweiler.

65 Jahre: 7.3.: Heinz Werner Köckeis, Kaiserslautern; Manuela Thomas, Longuich; Jürgen Pohl, Spiesen-Elversberg; 9.3.: Cornelia Wisniewski, Hirschhorn; 18.3.: Petra Jäger, Worms; 23.3.: Karin Rob, Budenheim; 25.3.: Margit Klein, Eßweiler; 29.3.: Helmut Fried-

mann, Jockgrim.

70 Jahre: 3.3.: Armin Schmidt, Spiesen-Elversberg; Heidi Jansen, Lingenfeld; 4.3.: Tilla Lux, Bellheim; 6.3.: Bodo Gerhardt, Homburg; 7.3.: Rolf Ribbentrop, Hargesheim; Peter Fütterer, Herxheim; 14.3.: Gabriele Reger, Waldsee; 18.3.: Ute Schäfer, Ockenheim; 19.3.: Waldemar Zimmermann, Speyer; 20.3.: Walter Fischer, Rülzheim; 25.3.: Ursula Schalk, Homburg; Rudi Jud, Rülzheim; 30.3.: Ottmar Müller, Saarbrücken.

75 Jahre: 4.3.: Helga Behrendt, Daun; 6.3.: Bernd Simmack, Hördt; Marianne Günther-Walter, Hochstadt; 11.3.: Michael Metzger, Hahn; 15.3.: Marianne Engelhart, Zeiskam; 18.3.: Franziska Mendel, Rülzheim; 24.3.:

Ingeborg Durein, Gernersheim; 26.3.: Rudolf Hartwein, Weiler; 29.3.: Günter Koch, Lamsheim; 30.3.: Karl Heinz Becht, Hördt.

80 Jahre: 3.3.: Irene Bechtel, Neunkirchen; 15.3.: Hiltrud Roida, Bad Kreuznach; Werner Ehrhard, Bellheim; 19.3.: Rainer Schnell, Lochem.

85 Jahre: 2.3.: Helga Nassen, Waldbreitbach; 22.3.: Werner Ditsch, Jockgrim; 28.3.: Lore Schäfer, Bedesbach.

90 Jahre: 5.3.: Inge Vogel, Gau-Bischofsheim.

91 Jahre: 3.3.: Heinz Stöffler, Wörth.

92 Jahre: 10.3.: Anita Keller, Gernersheim; 24.3.: Josef Dressel, Kleinblittersdorf.

94 Jahre: 16.3.: Margot Pistor, Berzhahn.

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg informiert über Änderungen im Energiebereich in 2024

Erneuerbare Energien besonders gefördert

Neues Jahr, neue Regeln. 2024 ändert sich für Verbraucher*innen im Bereich Energie einiges. Die Energieberatung der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg erklärt, was für Privathaushalte wichtig wird und fasst wichtige Neuerungen zusammen.

Gebäudeenergiegesetz: Novelle tritt in Kraft

Seit 1. Januar müssen Neubauten in Neubaugebieten mit Heizungen ausgestattet werden, die zu 65 Prozent erneuerbare Energien nutzen. Reine Öl- und Gasheizung sind dort dann ausgeschlossen.

Wer außerhalb von Neubaugebieten baut, oder wer lediglich seine Heizung tauscht, bekommt mehr Zeit, bis die Pflicht, mit erneuerbaren Energien zu heizen, wirkt: In Großstädten mit über 100.000 Einwohnenden bis zum 30. Juni 2026, in kleineren Gemeinden bis zum 30. Juni 2028. Aber: Ist in dem betreffenden Gebiet der Ausbau eines Wärme- oder Wasserstoffnetzes bereits beschlossen, beginnt die Pflicht, mit erneuerbaren Energien zu heizen, früher.

Welche Möglichkeiten, mit erneuerbarer Energie zu heizen, sind ausdrücklich im Gesetz benannt?

- Elektrisch angetriebene Wärmepumpe und Biomasseheizung.
- Fernwärme, wenn der Wärmenetzbetreiber garantiert, dass die Wärme aus erneuerbaren Energien stammt oder darauf umgestellt wird.
- Gas- oder Ölheizungen, die mit mindestens 65 Prozent Biomethan oder Bio-Öl betrieben werden.
- Hybridheizung: Eine Wärmepumpe oder solarthermische Anlage, die mit einer Gas-, Öl-, oder Biomasseheizung kombiniert wird.
- Wasserstoffheizung: im Prin-

zip eine Gasheizung. Aktuell sind Gasheizungen, die zu 65 Prozent mit Wasserstoff betrieben werden können, allerdings nicht im Angebot.

Achtung: Im Rahmen eines Heizungstausches eine reine Öl- oder Gasheizung einzubauen, ist 2024 noch zulässig. Wer sich dafür entscheidet, muss spätestens ab 2029 dennoch einen Anteil der Heizwärme aus Biomasse oder Wasserstoff erzeugen. Ab 2029 liegt dieser Anteil bei 15, ab 2035 bei 30 und ab 2040 bei 60 Prozent.

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale rät inzwischen von der Anschaffung reiner Öl- und Gasheizungen ab. Es bestehen heute erhebliche Zweifel daran, dass Wasserstoff, Biomethan oder Bio-Öl zum Heizen von Wohngebäuden flächendeckend verfügbar sein werden.

Mehr Zuschüsse für die Sanierung möglich

Höhere Förderungen sollen Haushalte beantragen können, die sich ab 2024 für den Austausch ihrer Heizung entscheiden. Neben einer Grundförderung von 30 Prozent soll es einen „Speedbonus“ von 20 Prozent für diejenigen geben, die ihr Vorhaben schon im nächsten Jahr umsetzen. Haushalte mit geringem Einkommen können einen speziellen Einkommensbonus beantragen. In der Summe könnten so bis zu 70 Prozent der Kosten des Vorhabens bezuschusst werden.

Für Kosten, die darüber hinausgehen, kann ein verbillig-

tes Darlehen bewilligt werden, so dass Haushalte auch ohne eigene Ersparnisse eine neue Heizung einbauen können. Gefördert werden ausschließlich erneuerbare Energien wie zum Beispiel Wärmepumpen oder Pelletheizungen und Anschlüsse an Fernwärme.

Geringere Vergütung für Photovoltaikanlagestrom

Ab Februar wird die Vergütung für Strom aus Anlagen, die ab diesem Zeitpunkt in Betrieb genommen werden, leicht verringert: Von aktuell 8,2 Cent pro kWh um ein Prozent auf dann 8,11 Cent für Anlagen bis einschließlich zehn Kilowatt Peak (kWp). Die Vergütung wird für einen Zeitraum von 20 Jahren plus dem Jahr der Inbetriebnahme gewährt.

Leichtere Inbetriebnahme von Stecker-Solargeräten

Für so genannte Balkonkraftwerke gibt es bald einfachere Regeln. Diese gelten in Folge einer Gesetzesänderung für Geräte bis 800 Watt Leistung. In der Praxis dürfen jedoch erst steckerfertige Photovoltaik-Anlagen mit mehr als den bisher geltenden 600 Watt Leistung genutzt werden, wenn auch die entsprechenden Elektornormen angepasst worden sind.

Stecker-Solargeräte sollen zudem in den Katalog privilegierter Maßnahmen im Rahmen des Miet- und Wohneigentumsrechts aufgenommen werden. Einzelne Mieter*innen und Wohnungseigentümer*innen haben dann gegenüber Hauseigentümer*innen und Wohnungseigentümergeinschaften Anspruch auf bauliche Veränderungen.

Haushaltsgeräte werden effizienter im Verbrauch

Kühlschränke sowie Waschmaschinen und Wäschetrockner für Privathaushalte müssen ab März effizienter werden. Die Mindestanforderungen steigen und der Stromverbrauch muss auf dem Energielabel ausgewiesen werden:

- Bei Kühlschränken ist der Jahres-Stromverbrauch auszuweisen.
- Bei Waschmaschinen und



Foto: JPC-PROD/Adobe Stock

Wärmepumpen arbeiten mit erneuerbarer Energie und gehören damit zu den vorgeschriebenen Heizungsarten.

Waschtrocknern ist der Stromverbrauch für 100 Waschgänge anzugeben.

Das Energielabel selbst und die Bewertung in der jeweiligen Effizienzklasse bleiben zunächst unverändert.

Erdgas wird durch höhere Mehrwertsteuer teurer

Ab Januar soll Erdgas wieder teurer werden: Der vorübergehend abgesenkte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent wird auf die davor üblichen 19 Prozent erhöht.

Auch die CO₂-Emissionen werden teurer

Der Festpreis für CO₂-Emissionen steigt: Die erhöhten Emissionskosten führen zu höheren

Preisen für Heizöl und Erdgas.

Energieberatung der Verbraucherzentrale

Bei Fragen zum effizienten Einsatz von Energie in Privathaushalten hilft die Energieberatung der Verbraucherzentrale weiter. Die Beratung findet online, telefonisch oder in einem persönlichen Gespräch statt. Die Energie-Fachleute der Verbraucherzentrale informieren anbieterunabhängig und individuell. Für einkommensschwache Haushalte mit entsprechendem Nachweis sind die Beratungsangebote kostenfrei. Mehr Infos: www.verbraucherzentrale-energieberatung.de oder unter Tel.: 0800/80 98 02 400 (kostenfrei). *Quelle: VZ BW*



Foto: Robert Poorten/Adobe Stock

Sogenannte Balkonkraftwerke sollen leichter beantragt werden und auch Mieter*innen zustehen.

SoVD auf der IBO 2024

Der SoVD-Landesverband präsentiert sich auf der IBO in Friedrichshafen in Halle A4, Stand 402,

vom 20. bis 24. März

2024 feiert die IBO ihren 75. Geburtstag – ein wahrhaft eindrucksvolles Jubiläum! Die Messe war und ist ein echtes Highlight in der Bodensee-Region: Hier werden Trends aufgegriffen, Neuheiten vorgestellt und wichtige Impulse gesetzt.

Auch in diesem Jahr präsentiert sich der SoVD-Landesverband Baden-Württemberg wieder mit einem ansprechenden Ausstellungsstand auf der IBO. Die Messegesellschaft Friedrichshafen bietet im Jubiläumsjahr besondere Aktionen für die Besucher*innen: zusätzliche Sonderschauen, eine spektakuläre Zeitreise und eine neue Ausgabe der beliebten IBO-Show.

Der Ausstellerbereich wurde nochmals vergrößert und die Hallenbelegung neu aufgeteilt – und mit der IBO NextGen auch einen ganz eigenen, neuen Bereich für Kinder und Jugendliche geschaffen! Zudem gibt es ein Rahmenprogramm mit Events und Konzerten.

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs/Adobe Stock

Ortsverband Bodman-Ludwigshafen

9. März, 14 Uhr: Jahreshauptversammlung, im Bodenseehotel Krone, Hauptstraße 25, 78351 Ludwigshafen. Tagesordnungspunkt unter anderem: Begrüßung und Eröffnung durch die Landesgeschäftsführerin, Vorstandswahlen, Mitgliederehrungen, Sozialberatung. Anschließend gibt es Kaffee und Kuchen. **Anmeldung erbeten bis 7. März** bei Corinna Stein, Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovdbawue.de.

Ortsverband Höpfigen

12. März, 14.30 Uhr: Infonachmittag im Gasthof zum Ochsen.
24. März, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen und Ehrungen im Gasthof Zum Ochsen, Heidelberger Straße 18, 74746 Höpfigen.

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden ersten Dienstag im Monat, 14 Uhr: Kaffeetreff, Gasthaus Rebstock.
16. März, 14 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen, VfB Restaurant, Teuringer Straße 2, 88045 Friedrichshafen.

Ortsverband Neukirch

15. März, 19 Uhr: Hauptversammlung mit Wahlen und Vortrag der Polizei zu Prävention (Neuerungen im Straßenverkehr, Umtauschfristen Führerschein, Fahrradschutzstreifen, Unterschied Pedelec / E-Bike / Fahrrad) im Gasthaus Krone, Kreuzweiherstraße 31, 88099 Neukirch.
23. März: Teilnahme an der IBO Messe in Friedrichshafen.

Zu den Jahreshauptversammlungen mit Wahlen bitte den Mitgliedsausweis mitbringen!

Glückwünsche



Foto: Smileus/Adobe Stock

*Man weiß selten, was Glück ist,
aber man weiß immer, was Glück war.*

Francoise Sagan

Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Gleichzeitig wünschen wir kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

60 Jahre: 16.3.: Gaby Caballero, Mühlthal; 18.3.: Karin Neumann, Albstadt.

65 Jahre: 4.3.: Corina Ratzel, Vogt; 7.3.: Heinz Strobel, Straßberg; 23.3.: Thomas Geist, Mannheim.

70 Jahre: 1.3.: Christa Matzka, Bitz; 21.3.: Gabi Mehlmann, Kressbronn; 28.3.: Hannelore Vavatsi, Lindau.

75 Jahre: 20.3.: Ansgar Mühlbach, Lindau.

80 Jahre: 9.3.: Alice Schell, Leimen; 12.3.: Paul Mayr, Meckenbeuren; 18.3.: Rudi Knieriem, Mannheim.

85 Jahre: 3.3.: Josef Roth, Tettang; Manfred Göggel, Lindau; 16.3.: Erika Ueckert, Calw; Elisabeth Berberich, Walldürn; 21.3.: Rudolf Seefried, Tettang; 22.3.: Heinrich Gerber, Mannheim.

90 Jahre: 16.3.: Ursula Becker, Rheinfelden.

92 Jahre: 8.3.: Hildegard Umbach, Stuttgart.

93 Jahre: 14.3.: Waltraud Zanger, Mannheim; 20.3.: Lore Kellput, Mannheim

In den Geburtstagsgrüßen werden nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Umfrage der Techniker Krankenkasse zu Arztgesprächen per Video

Unbekannt und selten genutzt

Insgesamt über 8.200 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte – inklusive Psychotherapie – bieten derzeit laut Techniker Krankenkasse (TK) im Südwesten Fernbehandlung per Videochat an. Laut einer Umfrage ist das Angebot aber noch nicht bekannt genug und wird wenig genutzt.

„Videobehandlungen bieten den Versicherten etliche Vorteile. Dazu gehören ein schneller Zugang zu ärztlicher Expertise ohne Ansteckungsrisiko, ohne Anfahrtswege und ohne Wartezeit in der Praxis“, sagt Nadia Mussa, Leiterin der TK-Landesvertretung Baden-Württemberg. Telemedizinische Untersuchungen seien bei etlichen Erkrankungen möglich, etwa bei Erkältungen oder Hautausschlägen. Zudem könnten beispielsweise Heilungsschritte bei Operationswunden begutachtet oder Patient*innen mit chronischen Erkrankungen in regelmäßigen Abständen betreut werden.

„Auch digitale Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen sind möglich unter der Voraussetzung, dass der Arzt oder die Ärztin sich einen ausreichenden Eindruck vom Gesundheitszustand der Patientin oder des Patienten machen kann und die Erkrankung dies nicht ausschließt“, so Mussa. Die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit per Videosprechstunde ist laut



Foto: Marc Wiegmann/Adobe Stock

Obwohl inzwischen viele Arztpraxen eine Videosprechstunde anbieten, nutzen es aus Unwissenheit nur wenige Patient*innen.

TK grundsätzlich auf maximal sieben Kalendertage begrenzt. Ist die*r Patient*in dem ärztlichen Personal noch unbekannt, sind es maximal drei Tage.

Eine aktuelle Forsa-Umfrage im Auftrag der TK zeigt allerdings, dass sich Videosprechstunden als Ergänzung zur herkömmlichen Behandlung nur langsam im Südwesten etablieren. Lediglich acht Prozent der befragten Personen in Ba-

den-Württemberg haben schon einmal eine Videosprechstunde genutzt. Vier Prozent gaben an, bereits mehrmals eine Ärztin oder einen Arzt per Video konsultiert zu haben.

Die Gründe dafür liegen der Umfrage zufolge unter anderem in der fehlenden Bekanntheit der Angebote und dem nicht vorhandenen Wissen, wie und wo solche Termine vereinbart werden können. *Quelle: TK BW*

Sprechstunden

Eine persönliche Sozialrechtsberatung findet in den Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialrechtsberater*innen statt. Bei dringenden Anliegen können nach Terminvereinbarung auch außerhalb der Sprechzeiten telefonische Beratungen durchgeführt werden. Teilweise sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online-/Video-Beratungen möglich.

Sozialberatung in Albstadt

Die Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16, 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Kreisverband Bodensee-Alb

Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle in Albstadt unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Die Sozialsprechstunden finden jeden dritten Donnerstag im Monat von 10 bis 13 Uhr statt. Eine vorherige Anmeldung

ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden ersten Dienstag im Monat von 10 bis 13 Uhr in Kressbronn statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialrechtsberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag eines Monats von 10 bis 11.30 Uhr im Landgasthof „Zum Ochsen“ statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Leopold Lokotsch (1. Vorsitzender), Tel.: 06283/54 39.

Sozialberatung in Hockenheim

Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats

(außer August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Heidegard Busch (1. Vorsitzende), Tel.: 06205/15 190.

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden sind jeden dritten Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart. Bitte unbedingt vorher bei Sozialrechtsberater Dario Becci unter Tel.: 0621/84 14 172 anmelden. Bei dringenden Anliegen können auch außerhalb der Sprechzeit Telefonberatungen vereinbart werden.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68305 Mannheim unter Tel.: 0621/84 14 172 zur Verfügung.

Großdemonstration „Laut gegen Rechts“ in Bremen mit rund 50.000 Menschen

Ein starkes Zeichen gesetzt

Zwei Bremer Privatpersonen wollten nach dem Bekanntwerden des geheimen Treffens von AfD-Mitgliedern und Neonazis, bei dem die Vertreibung von Menschen aus Deutschland geplant wurde, ein Zeichen setzen. Mit Erfolg! Sie hatten 500 Teilnehmende für die Demo angemeldet, gekommen waren mehrere Zehntausend.

Rund 50.000 Menschen nahmen am 21. Januar, einem Sonntag, an der Veranstaltung „Laut gegen Rechts“ in der Bremer Innenstadt teil und demonstrierten für Mitmenschlichkeit und den Erhalt der Demokratie. „Es war gigantisch“, berichtete Landesschatzmeister Klaus Möhle, „die größte Demo, die ich je erlebt habe!“

Auch das Redner*innenpult war mit Privatleuten besetzt. Die Vortragenden gingen sehr persönlich auf die Frage ein, wie man damit umgehen kann und sollte, dass unsere Gesellschaft immer weiter nach rechts abdriftet. Der ehemalige Landesbehindertenbeauftragte erklärte zum Beispiel, dass Menschen mit Beeinträchtigungen zunehmend Angst vor der rechten Ideologie entwickelten.



Für den Landesverband schwenkten Landesfrauensprecherin Sara Dahnken und Landesschatzmeister Klaus Möhle auf der Demo die SoVD-Fahne.

Auch Mitglieder der Bremer Queer-Szene meldeten sich zu Wort. Einige Redner*innen forderten, dass rechtsgerichtete Politiker*innen weniger Raum

in den Medien erhalten sollten. „Insgesamt waren es sehr berührende Redebeiträge“, berichtete Möhle.

An der Demo nahmen auch weitere Mitglieder des SoVD-Landesverbandes teil. „Wir waren mittendrin“, berichtete Möhle, der gemeinsam mit Landesfrauensprecherin Sara Dahnken die SoVD-Fahne hochhielt. Sein abschließendes Fazit: „Die Demo war ein starkes Zeichen, jetzt heißt es dranbleiben!“

Eine Woche später setzten auch Menschen in Bremerhaven ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus. Hier demonstrierten rund 7.000 Menschen, darunter auch viele Mitglieder des Kreisverbandes Bremerhaven.



Ein Teil der Menschenmenge vor der Bühne auf dem Bremer Marktplatz – die Demo „Laut gegen Rechts“ füllte allerdings die gesamte Bremer Innenstadt.

Die Senatspressestelle informiert über die neue Broschüre zum Betreuungsrecht

Alle Infos und Termine für 2024

Die Broschüre für ehrenamtliche Betreuer*innen sowie Bevollmächtigte ist neu erschienen. Sie enthält auch die Termine zu den zahlreichen Info-Veranstaltungen, die zum Thema in Bremen, Bremen Nord und Bremerhaven stattfinden werden.

Ehrenamtliche Betreuer*innen sowie Personen, die im Rahmen einer Vorsorgevollmacht handeln, können sich in Bremen für ihre Tätigkeit mit einem Angebot der Landesarbeitsgemeinschaft für Betreuungsangelegenheiten schulen und weiterbilden lassen. Dazu zählen Einführungsveranstaltungen für Menschen im Vorfeld einer Betreuung sowie

Angebote zu gesetzlichen Neuerungen und Anforderungen für etablierte Kräfte. Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos.

Die neue Broschüre mit einem umfangreichen Programm für das Jahr 2024 kann online unter: www.soziales.bremen.de/soziales/rechtliche-betreuung/ehrenamt-3070 heruntergeladen oder bei der über-

örtlichen Betreuungsbehörde angefordert werden.

Die Broschüre enthält Termine in Bremen-Stadt, Bremerhaven sowie in Bremen-Nord sowie zu Online-Fortbildungen. Die Themen erstrecken sich von der Vermögensverwaltung über Gesundheit, Pflegebedürftigkeit und Sozialleistungen bis hin zu Arbeitsweisen.

Quelle: Senatspressestelle

Die Deutsche Rentenversicherung Bund informiert

Zusätzlich Wohngeld?

Wer einen Anspruch auf Sozialleistungen wie beispielsweise Grundsicherung oder Wohngeld hat und mindestens 33 Jahre Grundrentenzeiten erreicht hat, erhält einen zusätzlichen Freibetrag. Der wird allerdings auf die Sozialleistungen angerechnet.

Die Anrechnung des Freibetrages führt dazu, dass bei den Anspruchsberechtigten monatlich weniger Einkommen auf die Sozialleistungen angerechnet wird. Dadurch erhöhen sich die tatsächlichen Sozialleistungen. Auch kann dadurch erstmalig ein Leistungsanspruch entstehen. Darauf weist die Deutsche Rentenversicherung Bund in Berlin hin.

Bei der Einkommensanrechnung werden auf die Sozialleistungen wie beispielsweise Grundsicherung oder Wohngeld 100 Euro von der monatlichen Bruttorente nicht angerechnet. Dazu kommen noch 30 Prozent der über dem Freibetrag liegenden Rente. Maximal werden jedoch 50 Prozent des Regelsatzes zur Grundsicherung nicht angerechnet. Der Freibetrag kann damit im Jahr 2024 maximal 281,50 Euro monatlich betragen.

Beispiel: Ein*e Rentner*in hat mindestens 33 Jahre Grundrentenzeiten erreicht und die monatliche Bruttorente beträgt 800 Euro. Von seiner Bruttorente in Höhe von 800 Euro sind 100 Euro anrechnungsfrei. Von den verbleibenden 700 Euro werden weitere 30 Prozent nicht angerechnet. Das sind 210 Euro. Es ergibt sich also ein nicht anzurechnendes Einkommen in Höhe von 310 Euro. Mit diesem Betrag werden jedoch 50 Prozent des Regelsatzes zur Grundsicherung (=281,50 Euro) überschritten. Der Freibetrag für die Grundsicherung oder das Wohngeld ist daher auf 281,50 Euro zu begrenzen. Das bedeutet: Von der Rente in Höhe von 800 Euro werden nur 518,50 Euro (= 800 Euro abzüglich 281,50 Euro) auf die Sozialleistung wie die Grundsicherung oder das Wohngeld angerechnet.

Bei Rentner*innen, die seit Juli 2021 einen Rentenbescheid erhalten haben, enthält dieser bereits eine Aussage, ob die mindestens 33 Jahre Grundrentenzeiten erfüllt sind. Als Grundrentenzeiten berücksichtigt die Deutsche Rentenversicherung neben Pflichtbeitragszeiten aus einer Beschäftigung, Selbständigkeit, Kindererziehung und Pflege, auch Leistungen bei Krankheit und Rehabilitation und Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung und Pflege. Für den Freibetrag zählen nicht nur die Grundrentenzeiten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch Zeiten aus verschiedenen Sicherungssystemen wie beispielsweise vergleichbare Zeiten in der Alterssicherung der Landwirte oder in einem berufsständischen Versorgungswerk.

Quelle: DRV



Foto: curto / Adobe Stock

Wer Sozialleistungen erhält, freut sich über jeden Euro.

Unterstützung gesucht

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen eine Aufgabe? Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen Interessierte. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421 / 16 38 490,
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006.



Foto: pixabay

Der SoVD sorgt für Essen und Getränke beim Frauenfrühstück.

Einladung der Bremer Landesfrauensprecherin

Gemeinsames Frühstück

Anlässlich des Weltfrauentags lädt Landesfrauensprecherin Sara Dahnken interessierte Frauen aus dem Landesverband zu einem Frühstück ein. Es findet am 8. März um 10 Uhr in der Landesgeschäftsstelle am Breitenweg 10/12 statt.

Die Teilnehmerinnen des Frauenfrühstücks können sich in lockerer Runde austauschen. Geladen ist außerdem eine Vertreterin der Bremer Initiative „Omas Aktiv – Omas gegen Rechts“. Sie berichtet über Hintergründe und Vorhaben der Bewegung. Wer mag, kann im Anschluss gemeinsam mit der Landesfrauensprecherin an der Frauendemo im Bremer Zentrum teilnehmen.

Die Anmeldefrist bis zum 15. Februar wurde per Newsletter oder E-Mail kommuniziert. Wer die Nachricht jetzt erst erhalten hat und teilnehmen möchten, wenden sich bitte schnellstmöglich an die Landesfrauensprecherin per E-Mail: saradahnken@yahoo.com oder Tel.: 0176/83 06 45 76.



Sara Dahnken

Newsletter

Liebe Mitglieder, sollten Sie gerne einmal monatlich (außer Sommerausgabe) unseren Newsletter mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten wollen, so bitten wir um einen Hinweis an newsletter@sovd-hb.de.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im März Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich und wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.



Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.



Termine der Kreis- und Ortsverbände

Kreisverband Bremen Ortsverband Bremen-Süd

Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack bei „Starke Bäcker“, Pappelstraße 89, 28199 Bremen.

Vorschau: 6. April: Mitgliederversammlung mit Wahlen im Rotheo Huckelriede, Niedersachsendamm 20 a, Bremen. **Anmeldung bis 18. März** bei Erhard Flemming, Tel. 0152/06 55 11 55 oder E-Mail an: erhardflemming@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremen-Nord Ortsverband Blumenthal-Farge

20. März, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen. Im Anschluss findet eine Vorstandssitzung statt.

Vorschau: 6. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen. Ort: „Zum Grünen Jäger“, Farger Straße 100 in Bremen-Farge.

Ortsverband Lesum

11. März, 16.30 Uhr: Gesamtvorstandssitzung, bitte anmelden bei Reinhard Röpke, Tel.: 0157/55 57 78 12.

15. März, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen.

Vorschau: 8. April, 16.30 Uhr: Gesamtvorstandssitzung, bitte anmelden bei Reinhard Röpke, Tel.: 0157/55 57 78 12.

Ort: „Lesumer Hof“, Oberreihe 8, 28717 Bremen,.

in der Lukas Kirchengemeinde.

Ortsverband Vegesack

9. März, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen im Lokal „Zum Alois“, Breite Str. 12 in Bremen-Vegesack.

Vorschau: 25. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum F 20.

Kreisverband Bremerhaven Ortsverband Leherheide

8. März, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Infoveranstaltung, Kirchengemeinde Leherheide, Louise-Schroeder Straße 1, 27578 Bremerhaven.

Vorschau: 12. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Wahlen

Ortsverband Geestemünde

26. März, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen im Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen, Anmeldung bei Karin Michaelsen, Tel.: 0471/55 222 oder R. Mangels, Tel.: 0471/73 545.

Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd

13. März, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen.

Vorschau: 9. April, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen.

Ort: Alt Bürgerhaus Lehe, Neue Landstraße 48 in 27576 Bremerhaven.

TOP der Jahreshauptversammlungen 2024

1. Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisor*innen
2. Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden an den Kreisvorstand und an die Kreisverbandstagung
3. Wahl des Ortsvorstandes
4. Wahl der Revisor*innen
5. Wahl der Delegierten zur Kreisverbandstagung
6. Entlastung des Ortsvorstandes

Die Verbraucherzentrale Bremen informiert zur Überschuldung in Bremen

Große lokale Unterschiede

Der aktuelle Schuldneratlas der Wirtschaftsauskunftstei Creditreform hat in seiner jüngsten Auswertung festgestellt, dass rund 50.000 Erwachsene in der Stadt Bremen von einer Überschuldung betroffen sind. In Bremerhaven sind es 18.000 Menschen.

Zwischen den einzelnen Stadteilen in den beiden Städten gibt es erhebliche Unterschiede: In den Bremer Ortsteilen Riensberg und Neuschwachhausen ist die Schuldnerquote mit 3,91 Prozent am geringsten. In Gröpelingen und der Bahnhofsvorstadt liegt sie mit fast 20 Prozent wesentlich höher. Noch höher liegen die Quoten in der Seestadt: In Bremerhaven-Lehe betrug die Schuldnerquote 2023 sogar 36,76 Prozent, in Bremerhaven-Geestemünde lag diese bei 20,02 Prozent.

Wann ist man verschuldet?

„Von einer Überschuldung spricht man, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher nicht mehr in der Lage sind, ihre fälligen Rechnungen absehbar zu begleichen“, sagt Roland Stecher, Finanzexperte der Verbraucherzentrale Bremen. Dabei geht es nicht grundsätzlich um Schulden. Bei Krediten, die

in Raten zurückgezahlt werden können, trifft diese Einordnung nicht zu. Erst bei absehbaren Zahlungsproblemen sind die Überschuldungsprobleme gravierend.

Gründe für Verschuldung

Hauptgrund, um in einen finanziellen Strudel zu geraten, ist bei Privatpersonen Arbeitslosigkeit. Aber auch eine Erkrankung, Sucht oder ein Unfall können Auslöser sein. Ereignisse wie Trennung, Scheidung oder ein Todesfall spielen ebenfalls eine Rolle. Wenn das Geld am Monatsende nicht mehr reicht, gilt es, sich einen Überblick über die eigenen Ausgaben zu verschaffen.

Was kann man tun?

Einen Überblick über das Monatsbudget kann man mit einem Haushaltsbuch und einem ehrlichen Kassensturz gewinnen. Oft gibt es Sparpotential beim Wechsel der Ener-

gieversorger für Strom und Gas. Wer zu einem günstigeren Handyvertrag wechselt, spart ebenfalls Geld. Insbesondere bei den Versicherungen gibt es erhebliche Sparmöglichkeiten. „Um den wirtschaftlichen Ruin zu verhindern, bildet eine private Haftpflichtversicherung die Basisabsicherung und belastet den Geldbeutel wenig“, empfiehlt Roland Stecher. Alle weiteren Verträge müssen nach Wichtigkeit und Kosten individuell betrachtet werden. Wenn alle Kosten offen liegen, erhält man einen guten Überblick über eventuell unnötige Aufwendungen. „So kann das eigene Monatsbudget entlastet werden und man vermeidet langfristig finanzielle Schwierigkeiten“, so Stecher.

Für Nachfragen stehen die Expert*innen der Verbraucherzentrale Bremen mit einer Info-Hotline donnerstags von 9 bis 11 Uhr unter Tel.: 0421/16 07 781 zur Verfügung.

Große Beteiligung bei den Demonstrationen gegen Rechts

Hamburg steht zusammen

Hamburg zeigt Flagge: Nach dem Bericht des Recherchenetzwerkes Correctiv über ein Treffen zwischen Politiker*innen der AfD, der Werteunion und Unternehmer*innen kommt es auch in Hamburg zu großen Kundgebungen gegen Rechtsextremismus.

Unter dem Motto „Für Vielfalt und unsere Demokratie – Hamburg steht zusammen gegen die AfD“ zogen am 28. Januar zehntausende Menschen durch die Hamburger Innenstadt, um gegen die AfD und rechtsextreme Strömungen zu demonstrieren. Mehr als 40 Organisationen hatten dazu aufgerufen – darunter auch der SoVD Hamburg. Die Polizei gab die Teilnehmerzahl mit 60.000 an, die Organisator*innen von Fridays for Future sprachen von rund 100.000 Teilnehmenden.

Bereits eine Woche zuvor, am 19. Januar, fand eine erste Demonstration gegen Rechtsextremismus in Hamburg statt, mit geschätzten rund 180.000 Teilnehmenden. SoVD-Landesvor-



Fotos: SoVD Hamburg

Zehntausende Menschen demonstrierten in Hamburg gegen Rechtsextremismus – auch viele SoVD-Mitglieder zeigten Flagge.

sitzender Klaus Wicher freute sich über die hohe Beteiligung: „Hamburg hat, wie viele andere Städte auch, ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Das macht Hoffnung für unsere Demokratie.“

Auf beiden Demonstrationen skandierten die Sprechchöre unter anderem „Nie wieder!“ und „Wir sind mehr!“. Der Jungfernstieg und die umliegenden Straßen platzten aus allen Nähten. SoVD-Mitglied Angela Meyer brachte auf den Punkt, was viele an diesem Tag bewegte: „Für mich ist es mehr ein Gefühl, hier sein zu wollen und zu müssen. Wir haben diese dunkle Vergangenheit. Damals hat sich die rechte Gesinnung auch so eingeschlichen.“ Die Recherche von Correctiv belegt, dass Vertreter*innen der AfD, rechtsextreme Ideengeber*innen und finanzstarke Unterstützer*innen

der rechten Szene auf dem geheimen Treffen in Potsdam Pläne schmiedeten, wie Zugewanderte aufgrund rassistischer Kriterien aber auch deutsche Staatsbürger*innen aus Deutschland vertrieben werden können. Das verstößt eindeutig gegen die Verfassung der Bundesrepublik. Deshalb war auch für SoVD-Mitglied Michael Haupt klar: „Ich bin bei der Demo dabei, um die AfD zu verhindern und weil wir Demokratie in Deutschland brauchen.“ Überzeugte AfD-Wählende wird der Protest eher nicht erreichen. Aber Wicher ist sich sicher: „Wir können und müssen Protest- und Nichtwählende erreichen. Denn Hamburg steht für Freiheit, Freundschaft und Vielfalt.“ Der Appell von Angela Meyer an die Menschen lautet: „Sprecht mehr miteinander statt Protest zu wählen.“



Auch SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher war auf der Demo am 28. Januar dabei.

Die Pflege in stationären Einrichtungen wird immer teurer

Eigenbeteiligung steigt weiter

Eine aktuelle Auswertung des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek) zeigt, dass die Eigenanteile für Pflegebedürftige in der stationären Pflege trotz Entlastungszuschlägen zulegen. Zudem ist Hamburg der Stadtstaat mit den niedrigsten Zuzahlungen.

Im Mai 2023 wurde im Bundestag das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz beschlossen. „Doch Hamburg schöpft weiterhin seine Möglichkeiten nicht aus, um Menschen mit Pflegebedarf wirklich zu entlasten“, stellt SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher, mit Blick auf die Auswertung des vdek fest. Die Eigenanteile für Pflegebedürftige in der stationären Pflege sind im

Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. In Hamburg zahlen Pflegebedürftige jetzt bei stationärer Pflege im Schnitt rund 2.385 Euro. „Die Entlastungszuschläge für Menschen in Heimen sind zwar erhöht worden, aber sie wirken nicht“, so Wicher. „Menschen am unteren Rand der finanziellen Möglichkeiten oder im Grundsicherungsbezug bleibt am Ende nur ein Taschengeld von rund 100 Euro. Das ist

menschenunwürdig!“

Nach Aussage des vdek Hamburg ist die Hansestadt zudem der Stadtstaat mit den niedrigsten Zuzahlungen. Hauptgründe für das Plus bei den zahlenden Eigenanteilen seien die gestiegenen Personal- und Sachkosten. Bis 2010 gab es in Hamburg einen Zuschuss der Stadt, die so genannte einkommensabhängige Einzelförde-

Fortsetzung auf Seite 14



Ansichten

Liebe Mitglieder,



Foto: Jonas Walzberg

Klaus Wicher

der ADAC hat es gerade wieder festgestellt: Hamburg ist Stau-Stadt Nummer 1 in Deutschland. Das ist für jeden schmerzhaft spürbar, der mit dem Auto durch die Stadt fahren muss. Viele brauchen das Auto: Pendler*innen, behinderte und kranke Menschen, der Berufsverkehr und der Fernlastverkehr, der unsere Wirtschaft am Laufen hält. Ein Staumanagement gibt es offenbar nicht, vielleicht soll es das ja auch gar nicht geben. Auch unsere Mitglieder berichten darüber regelmäßig in unseren Ortsverbänden und Treffs. Hinzu kommen die vielen Schlaglöcher, die der Frost in die Straßen gräbt. Ich ahne, dass sie uns länger erhalten bleiben als üblich. Liegt es daran, dass es zu wenig Straßenbaumitarbeitende gibt? Oder liegt etwa, was manche vermuten, Absicht darin? Nicht jeder kann sich mal eben so eine Reparatur leisten, wenn man doch mal ein tiefes Schlagloch erwischt hat. Die E-Roller stellen unangenehme Hindernisse dar, der grüne Verkehrssenator nimmt dieses Problem offenbar nicht ernst genug.

Die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus haben mich tief beeindruckt und zeigen Wirkung. Hamburg hat sich schon bei einigen Demos ausdrücklich zu unseren Freiheitsrechten, zur Demokratie und zum Rechtsstaat bekannt – der SoVD ist dabei gewesen und hat mit aufgerufen. Unter dem Motto „Für Vielfalt und unsere Demokratie – Hamburg steht zusammen gegen die AfD“ sind Zehntausende auf die Straße gegangen. Der Wählerzuspruch, den die Rechten erfahren, ist eine Mischung aus politischer Unzufriedenheit, wirtschaftlichen so wie sozialen Problemlagen in Verbindung mit fremdenfeindlichen und mitunter ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen. Menschen fühlen sich ausgegrenzt und wehren sich gegen die etablierte Politik. Darauf muss sie reagieren: Die soziale Lage könnte sich schnell verbessern, wenn man mehr Teilhabe an der Gesellschaft sichert. Eine ordentliche Kindergrundsicherung wäre ein positives Signal. Auch die überfällige Reform in der Rentenversicherung, ein besseres Bildungs- und Gesundheitswesen könnten dazu beitragen. Die Menschen müssen wieder mehr Zutrauen in eine für sie gute Zukunft gewinnen. Das ist ein ganz wesentlicher Antrieb, um sich unserem Gemeinwesen zuzuwenden. Politik muss nicht alles sofort schaffen, sie muss nur aufzeigen, dass sie den Weg kennt – und weiß, wie dieser Weg erfolgreich besritten werden kann. Genau daran fehlt es.

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender

Podcast: Klimaschutz muss alle mitnehmen

In der neuen Folge des SoVD-Podcast ist Malte Siegert, Vorsitzender des NABU in Hamburg, zu Gast und beantwortet Fragen wie: Passen die Ansprüche der Menschen in der Stadt mit den Veränderungen des Klimawandels zusammen? Werden Menschen, die sich nicht so viel leisten können, von den Folgen der Erderwärmung stärker betroffen sein? Hören Sie rein unter: www.sovd-hh.de/news-service/sovd-podcast! Dort finden Sie auch alle bisherigen Sendungen.



Malte Siegert

Pflege in stationären Einrichtungen wird immer teurer

Eigenbeteiligung steigt

Fortsetzung von Seite 13

ring (EEF). „Die Stadt muss ihre Möglichkeiten ausschöpfen und diesen Zuschuss schnell wieder einführen“, fordert Wicher. „Außerdem muss die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung umgestaltet werden.“

Denn auch pflegende Angehörige erhalten nicht die finanziellen Hilfen, die sie benötigen. Die Erhöhung der Pflegeleistungen für die ambulante und häusliche Pflege zum Jahresbeginn um 5 Prozent und ab 2025 um 4,5 Prozent reichen bei weitem nicht aus. „Die zusätzlichen Kosten für Entlastung durch Pflegedienste sind damit weiterhin für viele kaum aufzubringen. Auch hier muss Hamburg auf regionaler Ebene dringend Lösungen finden“, sagt Wicher.

Eine steuerliche Erleichterung gibt es jedoch für Pflegende: Diejenigen, die einen Menschen ab Pflegegrad 2 betreuen, dafür aber kein Honorar oder Pflegegeld bekommen, können dies in ihrer Steuererklärung durch einen Pflegepauschbetrag geltend machen unter „Außergewöhnliche Belastungen“.

Alle Fragen rund um das Thema Pflege beantwortet der SoVD seinen Mitgliedern in enger Zusammenarbeit mit der ANGEHÖRIGENSCHULE – DANs. Weitere Infos gibt es unter Tel.: 040/61 16 070 und online unter: www.sovd-hh.de. In Notfällen kann man sich an das Pflegenottelefon der Sozialbehörde wenden: 040/42 89 91 000.

Neue Broschüre zur Inklusiven Bildung

Die Entscheidung, in welche Kita oder auf welche Schule das eigene Kind künftig gehen wird, ist keine leichte. Für Eltern von Kindern mit psychischer und/oder physischer Einschränkung oder einem besonderen Förderbedarf ist die Entscheidung oft vielfach schwieriger. „Nur, wer gut informiert ist, kann alle Chancen für das eigene Kind ausloten und wird als Partner*in auf Augenhöhe wahrgenommen“, sagt Landeschef Klaus Wicher. Der SoVD Hamburg hat deshalb eine neue Broschüre herausgegeben. Wichers Dank gilt besonders Dr. Angela Ehlers, Bundesvorsitzende des Verbandes Sonderpädagogik, die ihr breites Fachwissen zur Verfügung gestellt hat.

Die Broschüre ist auf der Website des SoVD Hamburg unter www.sovd-hh.de/news-service/ unter Publikationen zu finden. Solange der Vorrat reicht, kann sie in kleiner Stückzahl auch postalisch bestellt werden.

Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, unter Tel.: 040/611 60 70, per E-Mail: info@sov-d-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

• **SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle**, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Fax: 040/611 60 750, Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr und Fr 9–14 Uhr.

• **SoVD-Beratungszentrum Harburg im Mieterverein**, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg, Beratung zum Rentenanspruch nach Terminvereinbarung. Öffnungszeiten: Di 9–12 Uhr.

• **SoVD-Beratungszentrum Altona im Mieterverein**, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di und Do 9–12 Uhr.

• **SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt im Kulturhaus Eidelstedt**, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeiten: Mi 9–12 Uhr.

• **SoVD-Beratungszentrum Bergedorf im DGB-Gewerkschaftszentrum**, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeiten: Fr 10–12 Uhr.

Weitere Infos online auf: www.sovd-hh.de oder telefonisch unter Tel.: 040/611 60 70.



Mit dem QR-Code geht es direkt zur Website des SoVD.

Aus der Sozialrechtsberatung des SoVD Hamburg

Grundsicherung gekürzt

Seit einiger Zeit häufen sich Anfragen von Rentenempfänger*innen mit aufstockender Grundsicherung in der Beratung, die auf Wohngeld verwiesen werden, weil letzteres höher ist als die Grundsicherung. Die Sozialrechtsberatung des SoVD kann in diesen Fällen weiterhelfen.

Wohngeld hat generell Vorrang. Aber: Wohngeldzahlungen führen oftmals dazu, dass einige andere Sozialleistungen, wie die GEZ-Befreiung, das Sozialticket beim HVV oder die Berechtigung bei der Tafel, wegfallen. Das bedeutet jedoch, dass die Menschen unterm Strich weniger Geld für den allgemeinen Lebensunterhalt zur Verfügung haben. „An sich gute staatliche Hilfsleistungen für Menschen mit geringen Einkommen dürfen am Ende nicht dazu führen, dass die Betroffenen schlechter dastehen als vorher“, sagt Landeschef Klaus Wicher.

Das Bundessozialgericht sieht das genauso und hat bereits 2021 entschieden, dass es sich um eine Schlechterstellung handelt, die unfair und somit rechtlich nicht haltbar ist. (Urteil vom 23.03.2021, B 8 SO 2/20 R).

Ein SoVD-Mitglied hatte sich



Foto: rcfotostock/Adobe Stock

Wohngeld darf nicht zu Schlechterstellung führen. Das hat auch das Bundessozialgericht in einem Urteil bestätigt.

Unterstützung in der SoVD-Beratungsstelle gesucht und beim Grundsicherungsamt auf das Urteil verwiesen. Denn das Amt wollte die Grundsicherung zunächst nicht weiter bewilligen, weil das Wohngeld als absolute Zahlung höher als die aufstockende Grundsicherung war. Schlussendlich hatte das

SoVD-Mitglied Erfolg und das Amt bewilligte doch die Weiterzahlung der Grundsicherung. „Es lohnt sich bei sozialrechtlichen Fragen, Hilfe in unserer Beratungsstelle zu suchen“, freut sich Wicher über diesen Erfolg. „Gut informiert und mit unserer Unterstützung kommen Sie zu Ihrem Recht.“

Laut Sozialmonitoring-Bericht 2023 entwickeln sich schwächere Stadtteile kaum

Gezielte Förderung ist nötig

Am 22. Januar hat die Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen den Sozialmonitoring-Bericht 2023 veröffentlicht. Aus Sicht des SoVD hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht viel verbessert. Ein Armuts- und Reichtumsbericht würde zudem über das reine Thema Stadtentwicklung hinausgehen und eine gezieltere Förderung bedeuten.

Mit dem jährlichen Sozialmonitoring-Bericht will die Stadt Hamburg sozialräumliche Entwicklungen verschiedener Quartiere darstellen und miteinander vergleichen, um mögliche soziale Herausforderungen in den Quartieren sichtbar zu machen. Über das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) sollen Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf – so genannte RISE-Fördergebiete – besonders gefördert werden. Im Jahr 2022 wurden dafür rund 56,6 Millionen Euro öffentliche Mittel eingesetzt.

SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher sieht trotzdem keine große Veränderung zu den Vorjahren. Es sei kein Ruhmesblatt für die Stadt, wenn nach wie vor 150 von insgesamt 856 Statistischen Gebieten einen niedrigen (88) oder sehr niedrigen Status (62) aufweisen und sich lediglich 15 Gebiete im Vergleich zum Vorjahr von sehr niedrig auf niedrig entwickelt hätten. „Damit hat sich nichts grundlegend verbessert“, kritisiert Wicher. „Stadtteile mit einem niedrigen sozialen Sta-

tus bleiben auf diesem Niveau.“ Wer in Stadtteilen wie Billstedt, Dulsberg oder Lurup wohne, sei per se schon mal als „arm“ definiert. „Der neue Sozialmonitoring-Bericht zeigt eindeutig – das ist so und das bleibt so“, sagt Wicher und fordert zusätzlich einen umfassenderen Armuts- und Reichtumsbericht für gezieltere Förderung, „damit es kein Stigma mehr ist, wenn man in sozial schwächeren Stadtteilen aufwächst und lebt.“ Grundsätzlich sei der jährliche Blick

auf die soziale Entwicklung der Quartiere und Stadtteile sinnvoll: „Das Sozialmonitoring zeigt auf, ob ein Quartier stark altert, eine hohe Arbeitslosigkeit den Stadtteil prägt oder ob das Zusammenleben vieler Kulturen funktioniert. Dort findet das Leben der Menschen statt, dort zeigen sich gesellschaftliche Entwicklungen – aber auch Versäumnisse.“ Hier müsse die RISE-Förderung mit höheren Summen und noch gezielter ansetzen.



Foto: Alexander Bagno/unsplash.com

Hamburgs Quartiere sind sehr unterschiedlich entwickelt.

Gleichstellungspreis des Landes Sachsen-Anhalt verliehen

Engagiert und inspirierend

Sachsen-Anhalt Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung hat erstmalig den Landesgleichstellungspreis verliehen, um das große Engagement für Geschlechtergerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt zu würdigen.

Sechs Projekte und Engagierte wurden im Dezember 2023 mit dem Landesgleichstellungspreis ausgezeichnet. Im Rahmen einer Festveranstaltung überreichten Gleichstellungsministerin Petra Grimm-Benne und Landesgleichstellungsbeauftragte Sarah Schulze die mit bis zu 1.000 Euro dotierten Preise.

Insgesamt waren 36 Vorschläge für die Auszeichnung eingereicht worden. „Der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit und gleiche Chancen von Frauen und Männern verdient mehr Aufmerksamkeit. Mit dem Gleichstellungspreis möchten wir vorbildhafte Gleichstel-

lungsarbeit würdigen, sichtbar machen und noch mehr Menschen inspirieren, sich zu engagieren. Häufig sind es die vermeintlich kleinen Projekte, die Großes leisten“, betonte Grimm-Benne.

Sarah Schulze ergänzte, dass die allesamt preiswürdigen Bewerbungen die große Vielfalt im Einsatz für Gleichstellung zeigen. Ob in kleinen Initiativen im ländlichen Raum oder in größeren, städtischen Einrichtungen. Überall in Sachsen-Anhalt setzen sich Menschen unermüdlich dafür ein, dass Gleichstellung nicht nur ein Wort bleibt, sondern gelebte Realität wird.

„Ich freue mich besonders, dass das Projekt ‚One Billion Rising‘ unter den Preisträgern ist und einen mit 300 Euro dotierten Preis erhalten hat, denn seit 2019 nehme ich jährlich als Landesfrauensprecherin des SoVD Mitteldeutschland an dieser Aktion teil“, berichtet Monika Lück.

„One Billion Rising“ ist eine weltweite Bewegung, die sich durch gemeinsames Protesttanzen an öffentlichen Plätzen für die Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen einsetzt. Seit dem Jahr 2015 wird die Initiative „One Billion Rising Magdeburg“ durch ein trägerübergreifendes Bündnis getragen, das hauptsächlich aus engagierten Ehrenamtlichen besteht und neben der Tanzaktion zusätzliche Angebote wie Workshops, Poetry Slams, Podiumsdiskussionen und kleine Konzerte auf die Beine stellt.

Das Bündnis setzt sich dafür ein, das Thema der Gewalterfahrung von Frauen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und sichtbar zu machen. Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigungen oder Migrationshintergrund sowie Jugendfreizeiteinrichtungen werden dabei in vorbildlicher Weise einbezogen, um so viele Menschen wie möglich zu erreichen.

Quelle u. a.: Ministerium für Gleichstellung Sachsen-Anhalt



Foto: Monika Lück

Die Ukrainerin Liudmyla Marchenko stellte jüngst ihre Fotoarbeiten vor. Ellen Rublow (rechts) unterstützte sie und übersetzte ihre Ausführungen.

Fotografin zu Gast beim Politischen Runden Tisch

Neue Heimatbilder

Sachsen-Anhalt Wie Liudmyla Marchenko ihre neue Heimat Magdeburg sieht, hält sie in ihren Bildern fest. Die Ukrainerin präsentierte ihre Bilder beim Politischen Runden Tisch der Frauen und Geschlechtergerechtigkeit.

Mithilfe von Ellen Rublow, die übersetzte, erzählte Liudmyla Marchenko, dass sie nicht nur in Magdeburg, sondern bis kurz vor Kriegsausbruch auch in ihrem Heimatland Ukraine viel unterwegs war, in Charkiw, Chernowitz, Odessa, Cherson und Lwiwi. Seit Mai 2022 lebt sie in Magdeburg. Städte, Menschen, Kultur und Natur sind ihre Motive. „Reisen ist für mich sehr wichtig“, so die Fotografin, „um immer wieder neue Eindrücke zu gewinnen, Werte zu transportieren und vital zu bleiben.“

„Wir als Netzwerkteilnehmerinnen haben beeindruckende Fotoaufnahmen gesehen“, so Landesfrauensprecherin Monika Lück, die auch an der Veranstaltung teilnahm, „und interessante Gespräche mit der in ihrem Heimatland bekannten Fotografin geführt.“

www.sovd-mitteldeutschland.de



Foto: Mike Mareen / Adobe Stock



Der Landesgleichstellungspreis des Landes Sachsen-Anhalt wurde erstmals verliehen, unter den Preisträgern ist das Projekt „One Billion Rising“.

Digitales Portal zur beruflichen Weiterbildung bündelt Angebote im Land Sachsen-Anhalt und in Thüringen

Neue berufliche Anforderungen erlernen

Sachsen-Anhalt Durch Strukturwandel und Digitalisierung ändern sich die Anforderungen und Weiterbildungsbedarfe in vielen Berufsbereichen. Seit Mitte Januar können sich daher Beschäftigte, Arbeitslose und Unternehmen sowie Institutionen auf dem neuen Portal „mein NOW“ über Weiterbildungsangebote informieren.

„Unter Mitwirkung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung wurde ein Portal entwickelt, das Unternehmen und Beschäftigten unkompliziert und direkt Informationen zu Weiterbildungsangeboten und Fördermöglichkeiten bietet“, sagte Arbeitsministerin Petra Grimm-Benne zum Start.

„Dank der umfassenden Weiterbildungsangebote sowie hilfreicher Online-Tests zur Orientierung kann auf „mein NOW“ aus zahlreichen Weiterbildungen das passende Angebot herausgefiltert werden“, erklärte der Vorsitzende der Geschäftsführung der BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen, Markus Behrens.

Ergänzend zum Online-Portal „mein NOW“ unter <https://meinnow.de/> stehen den Menschen in Sachsen-Anhalt und Thüringen für eine persönliche Beratung die Beratungsfachkräfte in der Weiterbildungsagentur Sachsen-Anhalt bzw. der Weiterbildungsagentur Thüringen zur Verfügung. Quelle: Arbeitsministerium Sachsen-Anhalt



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Das Motto „Lebenslanges Lernen“ gilt auch im Berufsleben.

Hautkrebs-Screening wird wenig genutzt

Früherkennung nutzen!

Thüringen Im Jahr 2022 haben nur etwa 15 von 100 der ab 35-jährigen TK-Versicherten Thüringer*innen ein sogenanntes Hautkrebs-Screening in Anspruch genommen. Das zeigt eine Auswertung der Techniker Krankenkasse (TK). Gleichzeitig wurden krankenkassenübergreifend 2.766 Thüringer*innen aufgrund eines Melanoms und sonstigen bösartigen Neubildungen der Haut im Krankenhaus behandelt. 41 Erkrankte starben.

Gesetzlich Versicherte haben ab 35 Jahren alle zwei Jahre Anspruch auf eine Hautkrebsfrüherkennungsuntersuchung. Durch frühzeitige Behandlung kann selbst schwarzer Hautkrebs heute in den meisten Fällen wirksam behandelt werden. Zu spät erkannt, verläuft er jedoch oft tödlich. Wie so oft gilt: Je eher die Behandlung beginnt, desto besser.

„Deshalb ist es wünschenswert, dass wieder deutlich mehr Thüringerinnen und Thüringer das Früherkennungsangebot nutzen, damit Hautveränderungen frühzeitig erkannt werden“, sagt Guido Dressel, Leiter der TK-Landesvertretung Thüringen. „Immer öfter sind auch junge Menschen von Hautkrebs betroffen. TK-Versicherte haben deswegen in Thüringen bereits ab 15 Jahren die Möglichkeit, zum Screening zu gehen.“

Hautkrebs ist eine der häufigsten Tumorerkrankungen weltweit. Es gibt zwei Hauptarten: Den weißen Hautkrebs, der in der Regel erfolgreich behandelt werden kann und den schwarzen Hautkrebs (malignes Melanom), der sowohl seltener als auch gefährlicher ist.

Quelle: TK Thüringen



Foto: Alexander Rath/Adobe Stock

Alle Hautmale sollten regelmäßig begutachtet werden.

Kreisverband Wernigerode verzeichnet viele Neuzugänge im Jahr 2023

Positive Mitgliederentwicklung

Sachsen-Anhalt Auf der letzten Mitgliederversammlung blickte Vorsitzende Birgit Jungtorius auf das vergangene Jahr 2023 zurück. Sie hob das rege Verbandsleben hervor und konstatierte allgemein einen Aufwärtstrend bei der Mitgliederzahl.

„Zu gut besuchten Mitgliedertreffen und regelmäßig stattfindenden Sprechstunden in unserer Geschäftsstelle am Heltauer Platz 1 können wir immer viele Mitglieder begrüßen. Zum Jahresende 2023 konnten wir 20 Neuzugänge verbuchen“, freute sich Kreisvorsitzende Birgit Jungtorius auf der Mitgliederversammlung.

„Wir sind eine gute Truppe“, bescheinigen die Mitglieder des Kreisvorstandes. Positiv stimmt der Aufwärtstrend bei der Mitgliederentwicklung.

„Was wir machen, ist nicht nur Kaffeetrinken“, sagte die Kreisvorsitzende. Fester Bestandteil neben der Sozialrechtsberatung und der politischen Arbeit ist auch die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zum Beispiel mit der Organisation von Veranstaltungen. Jedes Jahr wird der Internationale Frauentag gewürdigt, ein Sommerfest und ein Jahresabschlussstreffen veranstaltet und Vorträge angeboten, zum Beispiel zur Patientenverfügung.

Um auf den SoVD aufmerk-



V. li.: Hella Sänger, Hannelore Thiele, Susanna Fiedler und Waltraud Barthl.



Vorn Margot Hoppe, stehend Helga Heuschild, dahinter Inge Reinsdorf und Inge Bernsdorf.

sam zu machen, präsentiert sich der Kreisverband auf städtischen Events wie dem Bürgerfrühstück und am „Tag der Vereine“. Die Termine des SoVD werden im Amtsblatt der Stadt veröffentlicht.

Die Geschäftsstelle des SoVD Wernigerode hat sich zum wöchentlichen Anlaufpunkt

für alle Mitglieder entwickelt. Dankbar ist der Vorstand für die gute Zusammenarbeit mit der Freimaurer Wernigerode Loge, in deren Räumlichkeiten sich die Geschäftsstelle befindet.

Die gute Arbeit des vergangenen Jahres will der Kreisverband auch im Jahr 2024 weiter fortführen.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897. Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, 3. Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratung nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/ 54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 0160/42 13 163 (mobil). Sprechstunde: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststra-

ße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldungen bitte unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64 733. Sprechzeiten: jeden ersten Montag und Dienstag im Monat, 11–13 Uhr, sowie nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

5 Termine

Kreisverband Wernigerode

5. März, 14.30 Uhr: Frauentagsveranstaltung im Harzer Kultur- & Kongresshotel, Pfarrstraße 41, 38855 Wernigerode. Anmeldefrist war der 27. Februar. Bei Nachmeldung bitte unter Tel.: 03943/63 26 31 anfragen.

Vorschau: 2. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff mit Vortrag „Die neuen Tricks der Betrüger zur Abzocke“, Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode.

Der Kreisverband Schwerin startete erfolgreich in das Jahr 2024

Neue Leute und neues Konzept

Nach der Fusion der Ortsverbände Dreesch und Weststadt fand am 8. Januar die erste Mitgliederversammlung mit dem neuen Vorstand statt. Trotz widriger Umstände konnte die Versammlung stattfinden und es kamen viele Mitglieder.

Es war alles gut durchdacht und vorbereitet. Selbst Lotsen mit dem SoVD-Logo waren eingeplant, um den Mitgliedern den Weg zum Quartier Friedrich's zu erleichtern.

Die Bedingungen an diesem Tag konnten kaum schlechter sein: der erste Tag der Bauernproteste, Ausfälle beim ÖPNV, glatte Straßen und Fußwege sowie die Absage des Landesgeschäftsführers wegen der Proteste.

Trotz der ungünstigen Umstände war die erste gemeinsame Mitgliederversammlung gut besucht. Der gesamte Vorstand nebst Beisitzer*innen war anwesend. Die Kreisvorsitzende Andrea Preuß-Borowsky stellte alle Vorstandsmitglieder vor und erklärte die jeweilige Funktion. Sie bedankte sich bei dem Vorstand und bei den Mitgliedern, die seit Oktober 2022 intensiv an der Umsetzung der neuen Wege mitgearbeitet haben.

Ein besonderer Dank ging an Ulrich Haesener, der trotz sei-



Ulrich Haesener wurde herzlich verabschiedet. Er war lange Zeit ehrenamtlich im Vorstand tätig.

nes hohen Alters immer noch aktiv mitgewirkt hatte, bis er sich Ende 2023 endgültig von der Arbeit im Vorstand verabschiedete. Mit einer herzlichen Umarmung sagte die Vorsitzende zur Verabschiedung: „Ulli ist jetzt mein Telefonjoker!“

Im Anschluss erklärte die Vorsitzende die Gründe und Vorteile der Fusion und legte

für das vergangene Jahr einen Rechenschaftsbericht ab. Es folgte eine lebhafte Diskussion. Die Anregungen der Mitglieder nahm der Vorstand gern auf und hat sie inzwischen größtenteils umgesetzt.

Ein Dankeschön ging an Madlen Röstel und ihr Team aus dem Quartier Friedrich's für die gute Zusammenarbeit.

Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern informiert zum Notruf

Die 112 kann europaweit retten

Innenminister Christian Pegel nahm den Europäischen Tag des Notrufs am 11. Februar zum Anlass, um auf die einheitliche Notrufnummer 112 aufmerksam zu machen. Was wenig bekannt ist: Seit 1991 gilt in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in einigen weiteren Ländern die einheitliche Notrufnummer 112 – kostenfrei.

Ein Notruf kann ohne Vorwahl von jedem Mobil- oder Festnetzgerät abgesetzt werden – selbst bei gesperrten Mobiltelefonen, ohne Netzvertrag, SIM-Card, PIN oder Guthaben. Anrufer*innen werden dann sofort mit der örtlichen Rettungsleitstelle verbunden, die durch Polizei, Rettungsdienst oder Feuerwehr betreut wird.

Wichtig ist, dass die Anrufer*innen den jeweiligen Mitarbeiter*innen der Rettungsleitstelle alle wichtigen Infos zur Notsituation schildern, um möglichst schnell Hilfe zu leisten: „Merken Sie sich dafür am besten die fünf W's: Wo? Wer? Was? Wie viele? Warten auf Rückfragen! Erst wenn die Helfer der Leitstelle erklären, dass alle nötigen Informati-



Foto: Rico Löb / Adobe Stock

Die Notrufnummer funktioniert auch im europäischen Ausland.

onen vorhanden sind, dürfen Sie aufliegen. Damit sind Sie als Notrufabsender*in die bzw. der erste wichtige Akteur*in in der

Rettungskette – und können Leben retten“, so Minister Christian Pegel.

Mit der Notruf-App „Nora“ kann bundesweit seit September 2021 noch schneller ein Notruf abgesetzt werden. Die App ermöglicht es auch, dass sprach- und hörgeschädigte Menschen barrierefrei einen Notruf absetzen können. „Nora“ kann zudem „stille Notrufe“ absenden im Fall einer Bedrohung, in dem ein Notruf möglichst unbemerkt bleiben soll.

Auch wenn der Download der App aufgrund einer technischen Überarbeitung momentan nicht möglich ist, können Notrufe über bereits installierte Anwendungen und registrierte Nutzer*innen abgesetzt werden.

Quelle: Innenministerium M-V



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

was sind unsere Vorhaben vom Silvesterabend wert: „Ich will gut sein, ich will großzügig sein, ich will tolerant sein, ich will solidarisch sein, ich will fleißig sein.“

Das Jahr ist zwei Monate alt. Ich habe mich bemüht, die Vorhaben umzusetzen. Ich dachte, wenn ich gut, großzügig und tolerant bin, sind es die anderen auch. Ich dachte, wenn ich solidarisch und fleißig bin, sind es die anderen auch. Nun, nach nur zwei Monaten 2024, zeigt sich, wie recht Brecht hatte: „Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.“ Und trotzdem: Wir treten allen Bestrebungen von Ausgrenzung, Verächtlichmachung, Verleumdung entschieden entgegen. Wir wollen, dass alle Menschen ein Zuhause haben und sich tatsächlich zu Hause fühlen, dass alle ihre Werte, Meinungen, Vorstellungen und Wünsche geachtet und respektiert und nicht einer Mode geopfert werden. Wir wollen Solidarität erlebbar machen.

Im März gehen wir auf das Frühjahr zu, die Jahreszeit der großen Hoffnungen. Ich wünsche unseren Mitgliedern und allen, die sich in unserem Verband Rat und Unterstützung holen, einen Frühling, in dem endlich Hoffnung auf Frieden aus zarten Pflänzchen keimt.

Ihr Dr. Helmhold Seidlein, 1. Landesvorsitzender



Helmhold Seidlein



Personalien

Mandy Brüß begrüßt seit dem 2. Januar im Sekretariat der Geschäftsführung Mitglieder und Gäste. Sie arbeitet sich engagiert nach den von der Landgeschäftsführung vorgegebenen Kriterien in ihre neue Position ein und hat für die Einweisungen in die speziellen Aufgaben eines großen Sozialverbandes auch bereits an ersten Schulungen in der Bundesgeschäftsstelle des Verbandes in Berlin teilgenommen.

Der Landesverband wünscht Mandy Brüß viel Freude bei dem gemeinsamen Einsatz für Menschen mit Behinderungen, Rentnerinnen und Rentner, Kranke, Pflegebedürftige und um alle sozial benachteiligten Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder.



Kostenlose Beratung

Bei diesen Veranstaltungen gibt es die Gelegenheit, an den Infoständen der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern eine Energieberatung zu erhalten:

14.–16. März, 10–18 Uhr, 4. Energiespartage, Strelapark, Grünhufer Bogen 13–17, 18437 Stralsund;

19.–21. September, 10–18 Uhr: Ostseecenter Stralsund, Am Langendorfer Berg 1, 18442 Lüssow;

27. – 29. September, 10–18 Uhr, HanseMesse, Zur Hansemesse 1-2, 18106 Rostock;

10.–12. Oktober, 10–18 Uhr, Ostseepark, Ostsee-Park-Straße 3, 18069 Lambrechtshagen;

18. – 20. Oktober, 10–18 Uhr, Sport- und Kongresshalle, Wittenburger Straße 118, 19059 Schwerin.

5 Termine



wellnhofer designs/Adobe Stock

Kreisverband Rostock / Bad Doberan

14. März, 12 Uhr: Frauentagsveranstaltung „Peking Ente“, Warnowallee 5 in Lütten Klein. **Anmeldung erbeten bis 11. März.**

Vorschau: 11. April: Tagesfahrt nach Ludwigslust mit Besuch von Schloss, Schlosspark und Stadtkirche. **Anmeldung bis 5. April.**

Anmeldungen bei Uwe Wernicke unter Tel.: 0381/76 96 130 oder 0177/87 43 828 oder per E-Mail an: info@sovd-rostock.de.

Kreisverband Schwerin

5. März, 17 Uhr: Vorstandssitzung im Büro der Geschäftsstelle.

11. März, 17 Uhr: Mitgliederversammlung mit Einladung von Spargelbauer Trockke, Quartier Friedrich's.

Rechtsberatung



pictsworks/Adobe Stock

Greifswald: 12. März; **Bergen (Rügen) / Stralsund:** 19. März; **Röbel:** 26. März. Es berät Donald Nimsch.

Parchim: 13. März (Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle Rostock), **Güstrow / Schwerin:** 6. März; **Grevesmühlen / Wismar:** 20. März. Es berät Doreen Rauch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalde, 17109 Demmin, Tel. über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Im Straßenverkehr muss ein Sicherheitsabstand eingehalten werden

Abstand halten: Mehr ist besser

Ausreichend Abstand im Verkehrsgeschehen ist entscheidend für die Sicherheit aller. Der Auto Club Europa (ACE) gibt Tipps, wie Autofahrer*innen in den unterschiedlichen Situationen den richtigen Abstand einschätzen können.

„Der Abstand zu einem vorausfahrenden Fahrzeug muss in der Regel so groß sein, dass auch dann hinter diesem gehalten werden kann, wenn plötzlich gebremst wird. Wer vorausfährt, darf nicht ohne zwingenden Grund stark bremsen.“ Das definiert Paragraph vier der Straßenverkehrsordnung. Wie groß genau der Abstand sein muss, um im Notfall sicher zu bremsen, sagt der Gesetzgebende allerdings nicht. Der ACE erklärt, worauf es für Pkw-Fahrende ankommt und wie Unfälle rechtlich bewertet werden.



Foto: benjaminolte/Adobe Stock

Bei Auffahrunfällen wurde der Abstand nicht eingehalten.

Grobe Orientierungshilfen

Welcher Sicherheitsabstand eingehalten werden sollte, hängt in erster Linie von der gefahrenen Geschwindigkeit ab. Abstandsassistenten können dabei helfen, den richtigen Sicherheitsabstand zu wahren. Doch egal, ob das eigene Fahrzeug solch einen Abstandsregler besitzt oder nicht: Jeder sollte mit den groben Orientierungshilfen für einen ausreichenden Sicherheitsabstand vertraut sein.

Für außerorts können sich verschiedene Faustformeln eingeprägt werden:

Halber Tacho: Der Abstand außerhalb geschlossener Ortschaften sollte mindestens die Hälfte der gefahrenen Geschwindigkeit in Metern betragen. Wer also zum Beispiel 120 Stundenkilometer fährt, darf nicht dichter als 60 Meter an Vorausfahrende heranfahren.

Zwei-Sekunden-Regel: Passiert das vorausfahrende Fahrzeug beispielsweise einen Baum, Mast oder ein Gebäude, sollte das eigene Auto frühestens zwei Sekunden später an dem gleichen Orientierungspunkt vorbeifahren.

Leitposten beachten: Sie stehen normalerweise 50 Meter auseinander, sodass man sich daran orientieren kann, um den entsprechenden Mindestabstand bei Tempo 100 einzuhalten.

Innerorts werden etwa drei Fahrzeuglängen also circa 15 Meter Abstand empfohlen.

Mehr ist besser

Immer gilt: Mit zunehmender Geschwindigkeit ist auch ein größerer Sicherheitsabstand notwendig.

Eine einfache Berechnung der zurückgelegten Geschwindigkeit und der bußgeldbewährten Verstöße zeigt bereits,

dass es nicht ausreicht, lediglich den verkehrsrechtlich nicht geahndeten Abstand einzuhalten. Auch auf Assistenzsysteme sollte man sich nicht blind verlassen, da es nicht nur um die eigene Sicherheit, sondern auch die anderer Verkehrsteilnehmer geht.

Gefahr von Aquaplaning

Um bei stehendem Wasser sicher unterwegs zu sein, hilft nur eines: Das Tempo frühzeitig deutlich reduzieren, sonst droht Aquaplaning. Diese Gefahr ist abhängig von verschiedenen Parametern, vor allem aber von der Profiltiefe. Da sich bei Aquaplaning der Bremsweg um ein Vielfaches verlängert, reichen die per Faustformel ermittelten Sicherheitsabstände nicht aus, um einen Unfall zu vermeiden.

Wer schuld ist, wem kracht

Wenn ein anderes Fahrzeug in den eigenen Sicherheitsabstand schert, muss der Sicherheitsabstand schnellstmöglich vergrößert werden. Um den richtigen Abstand wiederherzustellen, sollte direkt die Geschwindigkeit reduziert werden. Denn wer den notwen-



Foto: Fotoschlick/Adobe Stock

Drängeln ist im Verkehr strafbar und bei Regen hochgefährlich.

digen Sicherheitsabstand nicht einhält, gefährdet sich und andere. Zu enges Auffahren ist kein Kavaliersdelikt. Wer jede Lücke für sich beansprucht und drängelt, stört nicht nur den Verkehrsfluss, sondern macht sich auch strafbar.

Bei Auffahrunfällen greift zunächst der sogenannte Anscheinsbeweis. Wer auffährt, hat zunächst Schuld und muss das Gegenteil erst beweisen.

Bei einem Unfall durch einen Spurwechsel nimmt man den Spurwechselnden als Verursachenden an, gleichermaßen durch Anscheinsbeweis. Treffen sich zwei Fahrzeuge in der Mitte, teilen sie sich in der Regel auch die Schuld. Denn Fahrende müssen stets alle Spuren im Blick behalten, vor allem beim Spurwechsel.

Sicherheitsabstand seitlich

Auch zum Verkehrsteilnehmenden nebenan muss stets ausreichend Abstand gehalten werden. Während bei Pkw und Lkw innerorts mindestens ein Meter Abstand eingehalten werden muss, sind es zu einspurigen Fahrzeugen wie Motorrädern, Fahrrädern und E-Scootern eineinhalb Meter. Gleiches gilt bei Fußgänger*innen.

Außerorts muss in der Regel ein seitlicher Abstand von mindestens zwei Metern eingehalten werden. Und sogar bei parkenden Fahrzeugen und in der Parklücke ist ein ausreichender Seitenabstand einzuhalten: Während beim Vorbeifahren in der Regel ein halber Meter ausreicht, ist beim Parken ein Abstand von mindestens 70 Zentimetern je Seite ratsam.

Diese Vorgaben gelten nur bei guten Fahrbahn- und Witterungsverhältnissen und sind daher nur als Mindestangabe zu verstehen. *Quelle: ACE*



Dr. Michael Spörke (Mitte) beim Besuch des Bündnisses „Wir wollen wohnen“ bei der Grünen-Fraktion im Landtag.

Dr. Michael Spörke für den SoVD bei den Grünen und auf einer Fachtagung

Mehr barrierefreier Wohnraum

„Mehr barrierefreien Wohnraum schaffen“ – So lautete der Titel einer bundesweiten Fachkonferenz, die im Februar in Erfurt stattfand und in der es genau darum ging: Wie gelingt es, in Städten und Gemeinden endlich mehr barrierefreien Wohnraum zu schaffen? Der SoVD macht seit Jahren auf dieses Problem aufmerksam und drängt gegenüber der Politik auf Lösungen.

SoVD NRW mit Beitrag auf Fachkonferenz in Erfurt

Die Bundesfachstelle Barrierefreiheit hatte zur Tagung eingeladen. Der SoVD war durch Dr. Michael Spörke vertreten, er leitet die Sozialpolitik im Landesverband NRW. Er konnte in seinen Redebeiträgen die Forderungen des SoVD NRW nach Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau, mehr sozialen Wohnungsbau und der konsequenten Einhaltung der Vorgaben für barrierefreies Bauen erneuern. Auch verwies er darauf, dass letztlich nur durch Investitionen in den Wohnungsbestand das Problem des fehlenden barrierefreien, bezahlbaren Wohnraums langfristig gelöst werden könne.

Zielgruppe der Konferenz waren Verantwortliche für bauliche Barrierefreiheit in Kommunen, Landkreisen, Bundesländern und auf Bundesebene sowie private und kommunale Wohnungsbauunternehmen. Die Tagung fand als hybride Veranstaltung statt, man konnte also auch übers Internet an dem Austausch, der live ins Netz gestreamt wurde, teilnehmen.

Auf der Konferenz wurden vorbildliche Projekte aus dem städtischen und ländlichen Raum vorgestellt, neudeutsch „Best Practice Beispiele“. Sie zeigten, wie mit innovativen



Dr. Michael Spörke (re.) hielt auf der Fachkonferenz „Mehr barrierefreien Wohnraum schaffen“ einen Vortrag mit den Forderungen des SoVD NRW zum Thema.

Ideen barrierefreier Wohnraum geschaffen werden kann. Damit sich endlich etwas tut auf dem Wohnungsmarkt und bei der Art, wie wir in unserem Land bauen und für wen – nämlich für alle.

SoVD NRW beim Bündnistreffen mit den Grünen

Um mehr bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum ging es auch bei einem Austausch des NRW-Bündnisses „Wir wollen wohnen“ mit den Grünen

im NRW-Landtag, an dem Dr. Michael Spörke ebenfalls teilnahm.

Er setzte sich dabei wie immer energisch für die Interessen der Mitglieder des SoVD NRW ein und machte klar: Die Lasten müssen gerechter verteilt werden, es darf nicht bei den wirtschaftlich Schwachen und deren Bedürfnissen gespart werden. „Es ging also nicht nur um Wohnungspolitik, in diesen Zeiten geht es um das große Ganze!“, so Spörke wörtlich.



Editorial

Liebe Mitglieder,

der Finanz- und Organisationsausschuss in unserem Landesverband hat sich nach dem Landesverbandstag in teils neuer Zusammensetzung nun konstituiert und ein Bündel an Aufgaben ins Visier genommen. Zum einen geht es darum, wie wir uns strukturell und strategisch aufstellen wollen in einer Zeit, wo es schwierig wird, neue Leute für das Ehrenamt zu begeistern. Viele Ortsverbände schließen sich zusammen, weil es an Vorständen fehlt. Auch auf Kreisebene bleiben wir von Fusionen nicht verschont. Gleichzeitig wissen wir, dass es für viele im Verband wichtig ist, vor Ort ein Angebot im heimischen Ortsverband nutzen zu können.

Auf Bundesebene und im benachbarten Landesverband Niedersachsen gehen wir aktuell einen völlig neuen Weg mit einem hauptamtlichen Vorstand und ehrenamtlichen Gremien wie dem Bundesverbandsrat und der Bundeskonferenz. Wir werden hier in NRW zeitnah vor dem nächsten Landesverbandstag entscheiden müssen, ob dieser Weg auch für unseren Landesverband eine Option sein könnte. Fakt ist jedenfalls, dass unser kompetentes Leistungsangebot in den Sozialberatungszentren so stark gefragt ist wie schon lange nicht mehr. Das ist sicherlich auch den schwierigen Zeiten geschuldet. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass wir im Hauptamt verlässlich und professionell aufgestellt sein müssen, um zukunftsfähig bleiben zu können. Nicht zuletzt sind wir das auch unseren Mitarbeiter*innen schuldig, die mit ihrem Sachverstand tagtäglich die beste Werbung für den SoVD als Sozialpartner der Menschen in unserem Land sind.

Das Ehrenamt, egal ob es aktuell im Landesvorstand oder später einmal im Landesverbandsrat inklusive der Ausschüsse aktiv ist, bleibt dabei unverzichtbar und wird immer die DNA dieses Verbandes sein. Genau deshalb müssen wir im Organisations- und Strategiausschuss überlegen, wie wir den Sachverstand der Aktiven auf Kreis- und Ortsebene besser in unsere Entscheidungsfindung einbeziehen können. Ein Weg kann dabei sein, die Arbeitsgemeinschaften besser zu vernetzen und die Ergebnisse aus den regionalen Kompetenzzentren deutlicher in die Arbeit auf Landesebene einzubringen.

In der Öffentlichkeitsarbeit sind wir auf einem guten Weg, nutzen erfolgreich neue Medien. Ein gutes Beispiel dafür ist unser Podcast „Sozialberatung to go“. Um besonders jüngere Zielgruppen für unsere Arbeit gewinnen zu können, muss der Verband auf allen digitalen Kanälen innovativ präsent sein. Und sich partnerschaftlich vernetzen mit Organisationen, die gesellschaftspolitisch meinungsbildend sind. Hier können wir im Ausschuss beispielsweise auch mit Kampagnen neue Wege ebnen, die unsere Außendarstellung positiv beeinflussen werden.

Der Ausschuss wird auch Wege suchen müssen, wie wir verstärkt neue Mitglieder gewinnen können, die unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen können. Ich lade alle ein, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Denn am Ende ist der Verband nur so stark wie diejenigen, die ihn wie in den zurückliegenden Jahrzehnten mit Engagement und Pflichtbewusstsein haupt- wie ehrenamtlich gestaltet und geprägt haben.



Helmut Etz Korn

**Helmut Etz Korn,
2. Landesvorsitzender,
Vorsitzender des Finanz- und Organisationsausschusses**

www.sovd-nrw.de

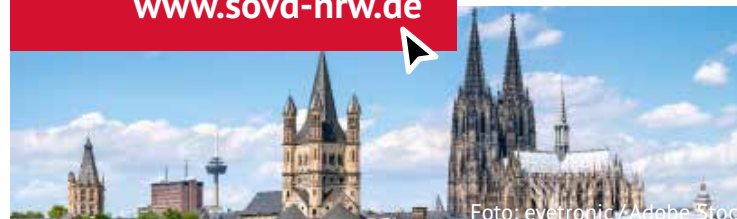


Foto: eyetronic/Adobe Stock



Interview

Ballettkurs für alle – mit und ohne Behinderungen

Die Deutsche Oper am Rhein in Düsseldorf bietet derzeit einen ganz besonderen Tanzkurs an, der sich dadurch auszeichnet, dass es keinerlei Einschränkungen gibt. SoVD-NRW-Landespressesprecher Matthias Veit sprach mit dem Dozenten und tanzpädagogischen Leiter des Projekts, Paolo Fossa.

Paolo, wie kam es zu diesem Kurs bzw. wie kamst du zum Thema Inklusion?

Nun, meine Arbeit im Bereich Tanz hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten verändert, denn inzwischen arbeite ich eben auch als Choreograf, als Dozent und als Trainer. Ich liebe es, das Tanzen auch Nicht-Profis (und Menschen, die noch gar keine Berührung damit hatten) beizubringen und sie für diese Form des Ausdrucks und der Kommunikation zu öffnen. Und dabei steht für mich im Vordergrund, dass jeder Mensch Fähigkeiten hat und zugleich niemand perfekt ist. Dass man sich in seiner Unterschiedlichkeit akzeptiert und sich aufeinander einlässt. Es muss also niemand Angst haben, nicht gut genug zu sein oder überhaupt, sich mit anderen messen zu müssen. Das Gegenteil ist der Fall: „Sich bereichern statt sich vergleichen“, das ist unser Motto und genau das passiert beim Tanzen – wir kommen in Kontakt miteinander und schaffen etwas Neues, das ist unglaublich bereichernd und das gibt auch mir persönlich sehr viel.

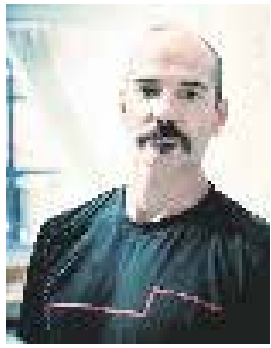


Foto: Das MechanischeAuge

Paolo Fossa

Aber haben die Leute nicht dennoch Vorbehalte, sich darauf einzulassen? Sie wissen ja nicht genau, was auf sie zukommt.

Ja, aber genau darin liegt ja der Reiz – seinen Körper und seine Ausdrucksfähigkeiten kennenzulernen. Jeder Mensch kann tanzen, das ist die Devise und darin steckt eine ungemein befreiende Kraft. Die Energie muss ja raus und man kann sie nutzen! Das ist bei Menschen mit einer Behinderung nicht anders als bei anderen auch. Was fehlte, war ein Angebot, das sich ausdrücklich auch an diese Menschen richtet – und diese Angebotslücke haben wir in Düsseldorf gefüllt.

Und warum gerade dort?

Nun, es gibt da eine Choreografin namens Gerda König [Anmerkung: die selbst einen Rollstuhl nutzt] und unglaublich kreativ in ihrer Arbeit ist. Sie hat unter anderem ein Konzept namens M.A.D.E entwickelt, das steht für Mixed-Abled-Dance-Education, also eine Tanz Weiterbildung für alle, egal ob „disabled“ (behindert) oder „enabled“ (ohne Einschränkung), zu finden im Internet unter: www.din-a13.de/de/tanzeducation/m-a-d-e-programm.

Ich habe mehrere Projekte gemeinsam mit dieser wunderbaren Kollegin realisieren und an diesem Konzept über Jahre mitarbeiten und vieles lernen können. So kam es, dass der Leiter der Vermittlungs- und Tanzabteilung des Rheinballetts, Michael Foster, der unter anderem auch das Projekt „Tanz mit!“ ins Leben gerufen hat und leitet, mich kontaktierte und mich bat, ein ähnliches Angebot gemeinsam als Experte im Ballettsaal der Oper am Rhein zu realisieren. Das Angebot wurde von Ballettdirektor Demis Volpi wärmstens unterstützt.

Kann man denn noch mitmachen?

Na klar! Wir treffen uns jeden zweiten Dienstagabend, also zweimal im Monat. Das Gebäude der Oper und der Ballettsaal sind übrigens definitiv barrierefrei, das ist ja auch ein wichtiger Aspekt. Es geht um ein Mixed-Abled-Training. Das basiert auf zeitgenössischem Tanz mit ganz vielen Elementen. Man sollte sich von dem Begriff „Ballett“ und auch sonst von nichts abschrecken lassen. Wir sind eine richtig nette Truppe und freuen uns auf noch mehr Interessierte. Es macht wirklich unglaublich viel Spaß, sich in diesem geschützten Raum auszuprobieren und etwas Tolles gemeinsam zu erarbeiten, Bilder, Emotionen, Botchaften, Stimmungen entstehen zu lassen. Dass alle, die mitmachen, so unterschiedlich sind, macht es für alle nur noch spannender und ich kann nur allen sagen: Herzlich willkommen! Interview: M. Veit

Mehr zu Paolo Fossa und seiner facettenreichen Arbeit auf: www.paolofossa.net. Der Kurs findet sich unter: www.operamrhein.de/spielplan/a-z/mixed-abled-tanzunterricht.

Nachruf

Im September wäre sie 85 geworden, und wie gerne hätten wir ihr dazu gratuliert. Mit großer Trauer müssen wir bekannt geben, dass „unsere“

Barbara Lazaris

von uns gegangen ist. Sie starb am 10. Januar.

Barbara Lazaris kannte und „lebte“ den SoVD wie kaum eine andere. 25 Jahre lang war sie Mitarbeiterin in der Bezirksgeschäftsstelle Hagen (1975–2000), engagierte sich aber schon ab 1980 parallel dazu ehrenamtlich als Schriftführerin beim Ortsverband Hagen. Als sie dann 2000 in den Ruhestand ging, wählten die Mitglieder Barbara Lazaris zur 2. Vorsitzenden des Ortsverbandes Hagen. 2003 wurde sie 1. Vorsitzende im Bezirksverband Iserlohn-Hagen-Wuppertal und Beisitzerin im Landesvorstand. Diesem gehörte sie



Barbara Lazaris

beeindruckende 20 Jahre lang an – bis zu ihrer Entscheidung, sich auf dem Landesverbandstag 2023 im Hotel Bredene in Essen nicht erneut zur Wahl aufstellen zu lassen. Der Landesvorsitzende des SoVD NRW, Franz Schrewe, bedankte sich dort bei Barbara Lazaris und würdigte sie in seiner Laudatio für ihren jahrzehntelangen Einsatz für die gute Sache – 44 Jahre stand sie dem SoVD treu zur Seite, eine außergewöhnliche Leistung.

Auch außerhalb des SoVD war Barbara Lazaris engagiert, etwa als ehrenamtliche Richterin am Sozialgericht Dortmund und als Mitglied im Behindertenbeirat der Stadt Hagen. Und sie war nicht nur im übertragenen Sinne eine Kämpferin, denn als aktive Judoka begeisterte sie sich auch für den Kampfsport.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen verliert mit Barbara Lazaris einen liebenswerten und zugleich beeindruckenden Menschen, eine starke Frau, eine Mitstreiterin, die andere anstecken konnte mit ihrer Energie und ihren Ideen. In Gedanken und im Herzen sind wir jetzt bei ihrer Familie, der wir auch auf diesem Wege unser herzliches Beileid und unser Mitgefühl ausdrücken möchten.

**Der SoVD-Landesvorstand
Nordrhein-Westfalen**



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Dortmund Ost-West

Ortsverband Dortmund Ost-West

Wie wird Politik gemacht, für wen und von wie vielen? Das live mitzerleben, den gewählten Volksvertreter*innen über die Schulter schauen zu können, macht den Reiz eines jeden Parlamentsbesuchs aus. Auch den NRW-Landtag kann man besuchen und davon macht der SoVD regelmäßig Gebrauch. Am 25. Januar fuhr der Ortsverband Dortmund Ost-West nach Düsseldorf, um sich den Landtag anzuschauen.

Ortsverband Bergisches Städtedreieck

Am 25. Januar lud der Ortsverband Bergisches Städtedreieck

zu seinem ersten Neujahrsempfang ein. Bei der Gelegenheit stellte sich der Kreisverband „Bergisches Land“ seinen Mitgliedern und Partnern erneut vor. Immerhin erfolgte letztes Jahr die Fusion der drei Ortsverbände Remscheid, Solingen und Wuppertal. Der Ortsverband zählt seitdem über 3.000 Mitglieder, die in rund 500 Verfahren gerichtlich bearbeitet und vom SoVD begleitet werden.

Neben der Neustrukturierung wurden Innovationen wie die vollständige Umstellung auf bargeldlosen Zahlungsverkehr und natürlich auch die Förderprojekte des letzten Jahres erwähnt:

- die Förderung zum Bau eines

Spielplatzes in der Albrecht-Thaer-Straße im Remscheid-Lennep Kindergarten,

- das Café Herzenswärme in Solingen, eine „Armenspeisung“ und ein Treff für einsame Menschen bei der evangelischen Gemeinde,
- die Sozialrichter in NRW. Der Kreisverband stellt zwei Sozialrichter,
- die Mitarbeit in Partnerorganisationen. In Solingen arbeiten Vorstände im Bürgerbündnis, dem Patientenbeirat des städtischen Klinikums und im Inklusionsrat. Für Wuppertal ist ein Sitz im Inklusionsrat beantragt. In Remscheid arbeiten Vorstände im Inklusionsrat und darüber hinaus



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Bergisches Städtedreieck



Ortsverband Essen Süd / Ost / West

beim SoVD Landesverband NRW und dem Landschaftsverband Rheinland (LVR). Anschließend wurde die Zeit genutzt, um sich untereinander auszutauschen und das eine oder andere Mitglied für das Ehrenamt zu gewinnen. (Auf dem Foto, v. li.: Kreisschatzmeister Christian Genau, Kreisvorsitzender Andreas Fuhrmann und die Stellvertreter Karsten Kremer und Jörg-Michael Meudt.)

Kreisverband Köln-Bonn-Aachen

Seit 20 Jahren gibt es in Köln ein ganz besonderes Museum – das Duftmuseum. Es befindet sich im sogenannten Farina-Haus, benannt nach der berühmten Parfümeur-Familie Farina, den Schöpfern des bekannten „Eau de Cologne“. Dort traf sich die Kreisfrauensprecherin Waltraud Brandt (auf dem Foto, 2. v. re.) am 21. Januar mit weiteren Frauen aus dem Kreisverband Köln-Bonn-Aachen zu einem Streifzug durch die Historie dieses berühmten Kölner Duftwassers, die bis ins frühe 18. Jahrhundert zurückreicht. Das Familiengrab der Farina kann noch heute auf dem Kölner Melatenfriedhof besichtigt werden.



Kreisverband Köln-Bonn-Aachen

Ortsverband Essen Süd / Ost / West

Der Ortsverband Essen Süd / Ost / West machte im Dezember einen weihnachtlichen Ausflug nach Xanten. Mit 95 Personen war der Andrang so groß, dass ein zweiter Bus bestellt werden musste. Bei der Erkundung der reizvollen Stadt schien die Sonne und sorgte für gute Stimmung, bevor die SoVD-Mitglieder dann in drei Gruppen durch den Xantener Dom geführt wurden.

Nach dem Mittagessen im Restaurant ging es weiter zum Weihnachtsmarkt nach Bedburg-Hau und zum Schloss Moyland. Inzwischen regnete es zwar, aber das trübte die gute Laune keineswegs. Die eindrucksvolle Atmosphäre, die Abenddämmerung, die Beleuchtung der Gartenanlage und des Handwerkermarktes sowie des Schlosses sorgten für die weihnachtliche Stimmung. Alle Teilnehmer*innen bedankten sich nach der Reise beim Vorstand für den gelungenen Ausflug.

Ortsverband Lippramsdorf-Haltern

Am 14. Dezember letzten Jahres unternahm der Ortsver-

band Lippramsdorf-Haltern mit seinen Mitgliedern eine Fahrt zum Weihnachtsmarkt nach Osnabrück. Die SoVD-Gemeinschaft freut sich jedes Jahr auf diesen Ausflug. Ein Treffen in weihnachtlicher Ambiente, um sich in gemütlicher Runde auszutauschen und einen gelungenen Jahresabschluss.

Ortsverband Rahden

Im Rahmen der Jahresauftaktveranstaltung 2024 nahmen zahlreiche Mitglieder des Ortsverbandes Rahden an einem gemeinsamen Frühstück teil. Der 1. Vorsitzende Hans Waltemate begrüßte die Missionarinnen Christine Lauterbach und Ulrike Keulertz von der Stiftung „Hand in Hand, Hilfe für Afrika“, die auch in diesem Jahr in Wort, Bild und Film über ihren letzten Einsatz in Tansania Ende 2023 berichteten. Sie demonstrierten den Anwesenden, mit welchen Unwägbarkeiten sie oft wegen des Wetters dort zu kämpfen haben: große Hitze, massiver Regen mit Überschwemmungen und ungeteerte Straßen im Busch.

Sie zeigten ferner, wie sie am Schulunterricht teilnehmen durften und Bibeln verteilen – oft das einzige Buch, das ein Kind sein Eigen nennen darf.

Sie versuchen überall zu helfen, durch Kauf von Nahrung, Kleidung und vielem mehr. Jetzt sponserten sie zum Beispiel einen Kochtopf mit einem Fassungsvermögen von 400 Litern, damit 800 Schulkinder ein Schulessen bekommen können.

Mit großer Freude nahmen die Missionarinnen von fünf Frauen des SoVD Rahden Gestricktes in Empfang: 153 Mützen, 42 Pullover, drei Strickjacken, eine Weste, sieben Babydecken, neun Paar Strümpfe, sieben Sweatshirts und Leggings. Außerdem bekamen sie eine großzügige Spende der anwesenden Mitglieder, für die



Ortsverband Rahden

sie bei ihrem nächsten Einsatz im März sicherlich Verwendung finden werden.

Ortsverband Waltrop

Am 13. Dezember veranstaltete der SoVD Waltrop mit zahlreichen Mitgliedern und Freund*innen ein gemütliches Jahresabschlusstreffen. Mit Kaffee und Kuchen war für das leibliche Wohl gesorgt. Es wurden heitere Geschichten vorgelesen und Werner Backhaus begleitete die Weihnachtslieder zum Mitsingen auf seinem

Akkordeon. Als Ehrengäste waren Bürgermeister Marcel Mittelbach und Kreisvorsitzende Gabriele Helbig sowie Heike Harich, Mitglied im Frauenpolitischen Ausschuss von NRW, gekommen. Um das Projekt „Wunschbaum“ in Waltrop zu unterstützen, überreichten die Anwesenden dem Bürgermeister eine Spende von 122,01 Euro. (Auf dem Foto, v. li.: Bürgermeister Marcel Mittelbach, Heike Harich, Gabriele Helbig und der 1. Ortsvorsitzende Reiner Koritnik.)



Ortsverband Waltrop

5 Termine



Grafik: Wellnhofer Designs/Adobe Stock

Ortsverband Bielefeld Brackwede-Quelle

14. März, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen und Ehrungen, Gaststätte Taverne Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld-Quelle, Anmeldung erforderlich.

Ortsverband Essen Süd / Ost / West

Jeden ersten Mittwoch im Monat ab 17 Uhr: Stammtisch im Café Extrablatt, Rüttscheider Straße 58, 45130 Essen.

Ortsverband Essen-Kray

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Plauder-Cafe mit Beiträgen zu sozialpolitischen Themen im BGZ (Rathaus Essen-Kray), Heinrich-Sense-Weg 25, 45307 Essen.

Ortsverband Gelsenkirchen-Altstadt

Jeden 4. Donnerstag, 18 Uhr: Stammtisch „Gemeinsam statt einsam“ in der Goldenen Gans, Alter Markt 10, 45879 Gelsenkirchen.

Kreisverband Köln-Aachen-Bonn

1. März, 14.30 Uhr: Frauentreffen, DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Parterre 1. Raum links.

Ortsverband Marl

6. März, 15 Uhr: Mittwochstreff im Pfarrheim St. Josef, Bergstraße 115, 45770 Marl.

Ortsverband Marl und Ortsverband Lippramsdorf-Haltern

9. März, 10-18 Uhr: Teilnahme am „Tag der Gesundheit“ im Einkaufszentrum „Marler Stern“, Marler Stern 1-80, 45768 Marl.

Ortsverband Neuenrade

Jeden ersten Dienstag im Monat, 11 Uhr: Kaffeetrinken im Hotel Kaisergarten, Hinterm Wall 15, 58809 Neuenrade.

Ortsverband Waldbröl / Rupichterath-Oberberg

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken in den Räumen der AWO Waldbröl, Schladerner Straße 10-12, 51545 Waldbröl.

Sozialberatung



Grafik: warmworld / Adobe Stock

Mitglieder können Termine in den SoVD-Beratungszentren telefonisch vereinbaren. Unterstützung bietet die Landesgeschäftsstelle an unter Tel.: 0211 / 38 60 30.

Weitere Informationen gibt es online unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.

Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 72 62 22 141, E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Fotos oder Texte.

Land fördert das Programm Medienscouts NRW mit weiteren 1,5 Millionen Euro

Weitere Medienscouts für NRW

Das Projekt Medienscouts NRW ist bundesweit einzigartig. Von Schüler*innen für Schüler*innen wird Medienkompetenz vermittelt. Das Ministerium für Schule und Bildung fördert das Programm seit dem Jahr 2019 und hat in den vergangenen drei Jahren fast eine Million Euro investiert.

Medienscouts helfen anderen Jugendlichen an ihrer Schule dabei, Bilder oder Videos in sozialen Medien richtig einzuordnen, Fälschungen und Falschmeldungen zu erkennen oder sich gegen Cybermobbing zu wehren. Mehrere tausend junge Menschen an nordrhein-westfälischen Schulen haben sich bereits zu Medienscouts ausbilden lassen. Damit es noch deutlich mehr werden, baut das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) das Programm nun gemeinsam mit der für die Or-

ganisation verantwortlichen Landesanstalt für Medien NRW (LFM NRW) aus.

In den kommenden drei Jahren stellt das MSB weitere 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. Damit kann die LFM NRW allen Schulen der Sekundarstufe I das Angebot machen, an diesem Projekt teilzunehmen. Zudem sollen Grundschulen ein auf sie zugeschnittenes Angebot erhalten, um Kinder zu Medienscouts zu qualifizieren. Auch an Förderschulen sollen vermehrt Medienscouts ausge-

bildet werden.

„Wir wollen bis 2026 noch deutlich mehr Schulen in das Projekt integrieren, denn in Zeiten, in denen die sozialen Medien nicht nur Chancen bieten, sondern auch viele Risiken bergen, ist es das Beste, wenn junge Menschen in ihrem unmittelbaren persönlichen Umfeld Unterstützung erhalten - auf Augenhöhe und nicht mit dem erhobenen Zeigefinger Erwachsener“, betonte Schul- und Bildungsministerin Dorothee Feller. *Quelle: MSB*



Der Landesverband gratuliert



Foto: ortis / AdobeStock

Schön, dass Sie zu uns gehören und dem Verband die Treue halten! Der SoVD NRW gratuliert an dieser Stelle sehr herzlich allen Geburtstagskindern und Jubilar*innen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aus Platzgründen nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht werden können.

KV Bielefeld: Hildegard Albrecht (90), Harald Kopetz (91), Gerda Mangel (91), Kläre Tichy (94), Elli Müller (96), Hans Wolter (97), Elly Haferstroh (102).

KV Bochum-Hattingen: Sieglinde Bauta (91).

KV Dortmund: Karl-Heinz Gehle (90), Erika Neidhardt (91), Margarete Heimann (94), Hanna Tittmann (99), Herbert Kuhn (102), Heinrich Neuhaus (104).

KV Düsseldorf: Siegfried Eberle (90), Renate Possiencke (90), Hildegard Kemmerling (94), Inge Baumhauer Spehr (95).

KV Westliches Ruhrgebiet / Niederrhein: Rudolf Bogatzki (97), Marianne Hamann (99).

KV Essen: Hans Arlt (91), Helga Kämper (91), Susanne Tomnitz-Krauß (93), Alfred Schulz (95), Hannelore Siebers (95).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Bertholt Maass (91), Else Schäfer (92), Reinhard Söchtig (94), Johanna Wowries (94).

KV Gladbeck: Gisela Miersch (90), Anneliese Trosin (94).

KV Gütersloh: Gertrud Kempensteffen (93), Theresia Heinrichsmeier (94).

KV Hamm-Unna: Erwin Rolle (90), Georg Heibach (91), Erich Larisch (91), Brigitte Fischer (92), Richard Franke (92), Fredi Schneider (93), Gerhard Kosmann (96), Lilli Kath (97).

KV Herford: Gisela Lümekemann (90), Martha Stahl (91), Inge Wippermann (92), Wilhelm Gestring (98), Gertrud Pentermann (100).

KV Iserlohn-Hagen: Lothar Hoppe (91), Helene Gardner (92).

KV Köln / Bonn / Aachen: Günter Thiel (94), Irmgard Gogolin (95).

KV Lippe: Lore Schlinkmeier (90), Wilhelm Steffen (90), Helga Stuckmann (90), Irmgard Hausmann (91), Werner Jahn (92), Heinz Korf (93).

KV Lübbecke: Heinz Kokemohr (90), Ingrid Lauterbach (90), Erna Reimers (90), Wilhelm Schwettmann (90), Kriemhilde Knickmeier (91), Anneliese Hartlage (92), Erna Hussmann (92), Christiane Kühborth (92), Irmgard Roick (92), Erich Rose (92), Elisabeth Szillat (92), Werner Lehmann (93), Hilde Schlüter (93), Elli Südkamp (94), Frieda Kokemohr (96), Elfriede Koch (97), Hugo Maxim (100).

KV Märkischer Kreis / Siegen-Olpe-Wittgenstein: Erika Hermes (90), Karl-Wilhelm Rump (92).

KV Minden: Robert Müller (90), Peter Schnellbügel (90), Agnes Traue (92), Inge Wokoeck (92), Herbert Rüter (93).

KV Recklinghausen: Inge Kropp (90), Anneliese Wehmöller (92), Wilfriede Sworacki (95).

KV Witten: Irmgard Mayr (91), Aribert Tubbe (91), Erich Liskatin (94).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Birgit Vinke (Bielefeld), Michael König (Bochum-Hattingen), Hans-Ulrich Wohlfahrt (Dortmund), Karla Pappert (Essen), Ludwiga Platthaus (Hamm-Unna), Lothar Hollesch (Herford), Angelika Brettholle

(Lübbecke), Ilse Euler (Minden), Günter Scheuren (Recklinghausen).

45 Jahre: Norbert Störmer (Hamm-Unna), Inge Matthies, Werner Pollex, Lina Wellmann (Lübbecke), Herbert Abraham (Märkischer Kreis), Dieter Mül-

ler (Witten).

50 Jahre: Olga Mulfinger (Dortmund), Alfred Beschorner (Herford).

60 Jahre: Hermann Paffrath (Iserlohn-Hagen).

65 Jahre: Hermann Hartmann (Bielefeld).

Landesverband Schleswig-Holstein zieht erfolgreiche Bilanz auf dem Neujahrsempfang

Über 16 Millionen für die Mitglieder erstritten

Der Sozialverband Schleswig-Holstein hat im letzten Jahr 16,6 Millionen Euro für seine Mitglieder in Schleswig-Holstein erstritten. Diese stolze Summe konnte der Landesvorsitzende Alfred Bornhalm auf dem Neujahrsempfang des SoVD-Landesverbandes nennen. Damit erweist sich die Sozialrechtsberatung als ein wichtiger Faktor im Angebot des Verbandes.

Bei den gewonnenen Streitfällen ging es vor allem um Leistungen der Renten-, Kranken- oder gesetzlichen Pflegeversicherung. Dazu kamen noch

einmal 3,7 Millionen Euro, die ab jetzt jeden Monat ausbezahlt werden. Also zum Beispiel laufende Renten wegen Erwerbsminderung. Insgesamt haben sich dem Verband inzwischen über 170.000 Menschen zwischen Nord- und Ostsee angeschlossen.

In seiner Rede im Rahmen des Neujahrsempfangs betonte der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm die große Bedeutung einer ehrlichen und fairen Diskussionskultur: „Ganz gleich, ob auf TikTok, Telegram oder bekannte Boulevard-Blätter mit Großbuchstaben – Extremisten schüren Ressentiments

und Hass und gefährden damit unsere Demokratie.“ Umso wichtiger sei es daher, dass die Menschen in Deutschland das Gefühl haben, dass sich der Staat um sie kümmert. Gerade in Zeiten der Not, wie etwa einer schweren Krankheit. Da dies – bedauerlicherweise – nicht immer der Fall sei, komme dem SoVD eine wichtige Rolle zu. Allein im vergangenen Jahr haben die 15 SoVD-Beratungszentren im Land 6089 Widersprüche gegen Bescheide eingereicht; in 709 Fällen kam es zur Klage. Alfred Bornhalm: „Der SoVD verhilft Menschen zu ihrem Recht!“



Trafen sich auf dem Neujahrsempfang des SoVD Schleswig-Holstein (v. li.): Landesvorsitzender Alfred Bornhalm, Poetry-Slammerin Mona Harry, Michaela Pries (Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen), Michaela Engelmeier und Matthias Neiß (beide Vorstände im SoVD-Bundesverband).



Alfred Bornhalm bei seiner Rede.

Der Zuschlag zur Grundrente wird jedes Jahr neu berechnet und wirkt sich auf die aktuelle Zahlung aus

Und plötzlich gibt es weniger Rente

Ein schwer verständliches und kompliziertes Berechnungssystem führt dazu, dass Empfänger*innen von Grundrente weniger Rente erhalten können. Die Summe der Auszahlung wird nämlich aus dem Einkommen des vorletzten Jahres jedes Jahr neu ermittelt. Der SoVD rät nur unter bestimmten Bedingungen zum Widerspruch.

Als Karina Dau aus Fockbek den Brief der Deutschen Rentenversicherung (DRV) öffnete, glaubte sie erst an einen Fehler. „Ich sollte plötzlich 140 Euro weniger Rente pro Monat bekommen, das konnte ich mir gar nicht vorstellen.“ Also versuchte sie, jemanden bei der Rentenberatungsstelle in Rendsburg zu erreichen. Bis auf das Versprechen eines Rückrufs gab es

aber erst einmal nichts.

Doch Karina Dau und ihr Mann sind seit vielen Jahren Mitglied im SoVD. Also meldete sich die 66-Jährige in der Rendsburger Beratungsstelle des SoVD und schilderte ihr Problem. Schnell war klar: Bei dem Brief der DRV handelt es sich nicht um einen Fehler. Die gekürzte Rente ist Folge einer komplizierten Berechnung beim sogenannten

„Grundrenten-Zuschlag“.

Seit 2021 gibt es die Grundrente. Im Kern ist sie dafür da, kleine Renten aufzustocken. Allerdings gibt es das Extrageld nur, wenn man mindestens 33 Jahre Wartezeit auf dem Rentenkonto gesammelt hat: durch Arbeit, Kindererziehung oder auch die Pflege einer beziehungsweise eines Angehörigen.

Genau das ist der Fall bei Karina Dau aus Fockbek. Weil sie lange Jahre nur in Teilzeit arbeiten konnte, fällt ihre Altersrente relativ gering aus. Umso mehr freute sie sich über den Bonus. Doch seit diesem Jahr fällt dieser plötzlich um 140 Euro niedriger aus. Wie kann das sein?

„Der Zuschlag zur Grundrente wird jedes Jahr neu berechnet“, so Henrik Tietje-Brede von der SoVD-Beratungsstelle in Rendsburg. „Die Rentenversicherung bekommt die dazugehörigen Daten automatisch vom Finanzamt. Und die Berechnungsgrundlage ist immer das vorletzte Jahr. Im Fall von Frau Dau also das Jahr 2021.“

Die Fockbekerin schätzt, dass neu hinzugekommene Mieteinnahmen aus einer Ein-



Karina Dau bekommt seit Anfang 2024 weniger Rente. Schuld daran ist eine komplizierte Berechnung beim Grundrenten-Zuschlag, die jedes Jahr neu erfolgt.



Henrik Tietje-Brede vom SoVD-Beratungszentrum Rendsburg weiß: „Änderungen beim aktuellen Grundrenten-Zuschlag basieren auf dem Einkommen aus dem Jahr 2021.“

liegerwohnung für die Neuberechnung verantwortlich sind. „Dadurch hatte ich ein höheres Einkommen als im Jahr davor. Aber ich habe noch nie davon gehört, dass die Altersrente im Nachgang plötzlich gekürzt wird. Das ist wirklich eine unglückliche Situation. Man wird ja auch nicht richtig aufgeklärt.“

Der SoVD weiß: Viele Rentner*innen sind betroffen und fallen oftmals aus allen Wolken, wenn es auf einmal weniger Rente gibt. Insbesondere die Berechnungsgrundlage mit dem Einkommen aus dem vor-

letzten Jahr sei für die Betroffenen schwer nachzuvollziehen, so SoVD-Sozialrechtsberater Henrik Tietje-Brede. „Trotzdem sollte man sich gut überlegen, ob ein Widerspruch sinnvoll ist.“

Aktuell rät der SoVD in Schleswig-Holstein Betroffenen dazu, zu prüfen, ob das vom Finanzamt an die Rentenversicherung übermittelte Einkommen aus dem Jahr 2021 korrekt ist. Tietje-Brede: „Nur wenn hier etwas falsch gelaufen ist, kann ein Widerspruch sinnvoll sein. Lassen Sie sich bitte auf jeden Fall vorher persönlich beraten.“



Renate Eggers, stellvertretende Kreisvorsitzende des SoVD in Dithmarschen, überreicht den Spendenscheck an Ann-Kristin Stegemann vom Hospizverein Dithmarschen.



SoVD-Landesgeschäftsführer Tim Holborn (links) mit Projektleiter Tobias Michelsen (Mitte) und dem Vorsitzenden von Sail United e. V., Heiko Kröger.

Landesverband übergibt zwei Spendenschecks

Für den guten Zweck

Zu Beginn des Jahres hat der SoVD-Landesverband zwei gemeinnützigen Institutionen eine großzügige Spende zukommen lassen. Jeweils 2.500 Euro gingen sowohl an den Hospizverein in Dithmarschen als auch an den Verein „Sail United“ aus Lübeck.

Der erste Empfänger der SoVD-Spende, der Dithmarscher Hospizverein, begleitet schwerkranke Menschen auf ihrem letzten Weg – unter anderem mit einem stationären Angebot für zwölf Patienten. Der zweite Spendenempfänger, der Lübecker Verein „Sail United“, bietet Segelsport für Menschen mit und ohne Behinderungen in vielen Bereichen des Wassersports an, also auch beim Windsurfen oder dem Stand-Up-Paddling. Durch hohen persönlichen Einsatz schaffen es die Betreiber*innen, auch Kinder und Erwachsene mit auf den ersten Blick unüberwindbaren gesundheitlichen Einschränkungen für den Wassersport zu begeistern.

Seminar: Den SoVD vor Ort bekannt machen

Im Rahmen der Seminarreihe des Landesverbandes besuchte eine kleine Runde von Teilnehmer*innen erstmals die Schulung zur „Corporate Identity“ (kurz: CI). Referent Felix Taubert aus der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit stellte grundlegende Bausteine für eine stimmige Öffentlichkeitsarbeit vor – unter anderem die Bedeutung einer einheitlichen Schriftart auf allen Publikationen des SoVD.

In kleinen Übungen lernten die Vertreter*innen aus den Ortsverbänden außerdem viel über die Auswahl der richtigen Bilder. Ein weiterer Baustein des Seminars beschäftigte sich mit der Frage, warum es für den Wiedererkennungswert des Verbandes so wichtig ist, wie Logo und Farben zum Beispiel auf Pressemitteilungen anzuwenden sind.

Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenkassen betrifft Rentenbeziehende

Neue Beiträge fällig ab März

Steigt zum 1. Januar 2024 der kassenindividuelle Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung, müssen Versicherte höhere Beiträge leisten. Für Rentnerinnen und Rentner, die in der Krankenversicherung pflichtversichert sind, wirken sich Änderungen des Zusatzbeitrages ab März auf ihre Bezüge aus.

Konkret bedeutet das: Der Krankenkassenbeitrag steigt mit der Rentenzahlung für den Monat März. Die überwiesene Rente fällt dann entsprechend geringer aus. Für die Rentenzahlung für Januar und Februar 2024 wurden die zu zahlenden Krankenkassenbeiträge weiter auf Grundlage des bisherigen Beitrags berechnet. Grund hierfür sind gesetzliche Vorgaben, die bei Rentnerinnen und Rentnern sowohl für Senkungen als auch für Erhöhungen gelten. Hierauf weist die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) in Berlin hin.

Über die Änderung des aus der Rente zu zahlenden Krankenkassenbeitrages werden Betroffene mit dem Kontoauszug ihrer Bank informiert. Nur in Ausnahmefällen versendet die Rentenversicherung schriftliche Bescheide, zum Beispiel bei Personen mit sogenannten abgetrennten Zahlungen wie Pfändungen, aber auch in Fällen, in denen Bescheid-

und Zahlungsempfänger nicht identisch sind oder wenn die Zahlung der Rente auf das Konto einer anderen Person erfolgt.

Hilfreiche Informationen bietet die Broschüre „Rentner und ihre Krankenversicherung“. Sie kann bei der DRV kosten-

los heruntergeladen oder am kostenfreien Servicetelefon unter 0800/10 00 48 00 bestellt werden. Gerne hilft auch das Service-Team bei Fragen zu diesem und allen weiteren Themen rund um die gesetzliche Rente weiter. *Quelle: DRV*



Foto: thodonal/Adobe Stock

Wenn die Krankenkassen ihre Beiträge erhöhen, betrifft das auch Rentnerinnen und Rentner. Da es keinen Bescheid darüber gibt, sollte man im März den Kontoauszug kontrollieren.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Bohmstedt Ahrenshöft

Ortsverband Kaltenkirchen

Im Ortsverband Kaltenkirchen fand das traditionelle Grünkohlessen wieder großen Anklang – insbesondere die Einlage des Zauberers. Außerdem stand zuletzt eine Fahrt zum Gudendorfer Gänsemarkt auf dem Programm.

Ortsverband Bohmstedt-Ahrenshöft

Im Ortsverband Bohmstedt-Ahrenshöft haben die Mitglieder kürzlich das 75. Jubiläum

gefeiert, inklusive Grünkohlessen und der musikalischen Unterhaltung durch den Shanty-Chor „Margit und de Fresenjungs“. (Auf dem Foto ist der aktuelle Vorstand zu sehen, v. li.: Hartwig Ketelsen, Annette Gläser, Siegfried Kruse, Greta Neske, Vorsitzender Johannes Magnussen, Sieglinde Gregersen und Hans-Jürgen Nommensen.)

Ortsverband Wesselburen

Gleich zu Beginn des neuen Jahres startete der Wesselbure-

ner SoVD zu einer Halbtages-tour nach Hamburg. Die Reiseleitung hatte eine Fahrt zum alljährlichen Lichterfest in die St. Michaeliskirche gebucht. Im Hamburger Elbspeicher war die Gruppe anschließend zum Kaffeetrinken angemeldet.

Ortsverband Glückstadt

Der Vorstand im Ortsverband Glückstadt ehrte im Rahmen des traditionellen Grünkohlensessens langjährige Mitglieder. Es gab 30 Auszeichnungen für die



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Glücksstadt

zehnjährige Mitgliedschaft und eine für stolze 40 Jahre. Jubilar Günter Frahm ist bereits seit 25 Jahren beim SoVD dabei.

Kreisverband Dithmarschen

Renate Eggert wurde einstimmig zur neuen Kreisvorsitzenden des SoVD in Dithmarschen gewählt. Sie folgt damit auf Hans-Otto Umlandt, der im Rahmen der Kreisverbandskonferenz zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Neu dabei im Kreisvorstand sind außerdem Jutta Martin-Nöhring aus Frestedt als stellvertretende Vorsitzende sowie Tanja Wölm aus Weddingstedt als stellvertretende Frauensprecherin. (Auf dem Foto, v. li.: Die neue Kreisvor-

sitzende in Dithmarschen, Renate Eggert, ihr Vorgänger Hans-Otto Umlandt sowie die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Jutta Martin-Nöhring und Jörg Glozober.)

Ortsverband Kisdorf

An der Veranstaltung „500 Jahre Kisdorf“ hatte sich auch der SoVD-Ortsverband mit der Aktion „Luftballon-Weitflug“ für Kinder beteiligt. 50 mit Luftballongas befüllte Ballons stiegen mit einer Teilnehm*innenkarte versehen auf und flogen in alle Windrichtungen. Die glücklichen und aufgeregten Gewinner*innen erhielten in einer kleinen Feierstunde die gewonnenen Preise. Die weites-

te Strecke legte ein Ballon bis nach Fehmarn zurück. „Es war eine Freude, die strahlenden Kinderaugen bei der Preisübergabe zu sehen“, so der Ortsvorsitzende Dieter Huffmeyer.

Ortsverband Frestedt

Zu der Weihnachtsveranstaltung des Ortsverbandes Frestedt kamen 45 Mitglieder. Sie konnten sich nicht nur über ein leckeres Frühstücksbüfett freuen, sondern auch über Hella Hammerich, die mit ihrem Akkordeon für andächtige Stimmung sorgte.

Ortsverband Lunden

Rund 40 Mitglieder informierten sich im Ortsverband Lunden zum umstrittenen Heizungsgesetz und erneuerbaren Energieformen. Energieberater Reginald Reincke von der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein konnte viele Befürchtungen und Ängste ausräumen und berichtete über die wichtigsten Änderungen.

Ortsverband Kiel-Hassee-Russee

Sensationelle 600 Euro sammelten die Mitglieder des Ortsverbandes Kiel-Hassee-Russee für das örtliche Frauenhaus. Der Vorstand stockte die Spende im Anschluss auf 1.500 Euro auf. (Auf dem Foto: Die stellvertretenden Vorsitzenden Ute Neubert (links) und Jutta Kühl (rechts) bei der Spendenübergabe an Dr. Maria Echàiz vom Kieler Frauenhaus.)

Ortsverband Zarpfen

Die Mitglieder im Ortsverband Zarpfen sprachen auf ihrer Mitgliederversammlung dem alten Vorstand erneut das Vertrauen aus. Damit wird sich das Team um Vorsitzende Manuela Fick und ihre Stellvertreterin Annekatriin Middeldorf für weitere zwei Jahre um den Ortsverband und seine Mitglieder kümmern.



Kreisverband Dithmarschen



Ortsverband Kisdorf



Ortsverband Kiel-Hassee-Russee



Ortsverband Zarpfen



Ortsverband Frestedt



Ortsverband Lunden

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Karl-Heinrich Albertsen,

langjähriger 1. Kassierer im Ortsverband Haselund,

Annemarie Kröger,

langjährige Schatzmeisterin im Ortsverband Sarzbüttel-Odderade,

Gerda Bäckler,

langjährige Vorsitzende im Ortsverband Preetz – und darüber hinaus aktiv im Kreis- und Landesverband,

Lieselotte Lange,

langjährige Beisitzerin im Ortsverband Zarpen,

Martin Adolf Lorenzen,

langjähriger 2. Vorsitzender im Ortsverband Süderlügum,

Hannelore Werner,

langjährige stellvertretende Schriftführerin im Ortsverband Sylt.

Wir bewahren den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken.

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen des Monats Februar sind:

- Johanna Kruse (Kreisverband Ostholstein),
- Marieta Böttcher (Kreisverband Pinneberg),
- Jürgen Ploen (Kreisverband Plön),
- Stefan Lucht (Kreisverband Rendsburg-Eckernförde),
- Sabine Jacobs (Kreisverband Segeberg),
- Wilhelm Ziergöbel (Kreisverband Schleswig-Flensburg),
- Jens Harbeck (Kreisverband Steinburg).

Getreu unserem Motto – Gemeinsam sind wir bärenstark – nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 170.000 engagierte Mitstreiter.

Für das Jahr 2024 lautet unser Wahlspruch:

„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft. Werden Sie Mitglied!“

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot und die persönliche Arbeit seiner ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter/innen und sein unermüdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können Monat für Monat jeweils sieben Werber eine Woche kostenlosen Aufenthalt in unserem Erholungszentrum in Büsum gewinnen.

Der Landesvorstand dankt allen Werbern/innen herzlich für ihren Einsatz und bittet Sie auch in den kommenden Monaten darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken. Nur dann können Sie zu den Gewinnern des einwöchigen kostenlosen Aufenthaltes in unserem Nordsee-Erholungszentrum in Büsum gehören.

www.sovd-sh.de

Foto: Jenny Sturm / Adobe Stock



Interview

„Ich lerne im Ehrenamt viel dazu“

Johannes Magnussen ist noch ganz frisch dabei: Erst seit einem Jahr führt er den Ortsverband des SoVD in Bohmstedt-Ahrenshöft mit rund 250 Mitgliedern. Über seine Beweggründe und die Herausforderungen haben wir mit ihm gesprochen.

__Hallo Herr Magnussen, Hand aufs Herz: Warum bringen Sie sich überhaupt ehrenamtlich ein?

Ich war schon früher ehrenamtlich aktiv, unter anderem im Bauernverband. Jetzt beim SoVD ist man aktiv auf mich zugekommen. Wenn ich den Vorsitz nicht übernommen hätte, wäre der Ortsverband vielleicht aufgelöst worden.

Aber selbstverständlich ist das nicht der einzige Grund. Durch das Ehrenamt lernt man einfach viel dazu. Ich treffe Menschen, die ich sonst nicht treffen würde. Und ich entwickle mich auch persönlich weiter.

__Sie sagen, den Vorsitz im Ortsverband des SoVD hat man Ihnen angeboten?

Ich bin gefragt worden, ob ich mir das vorstellen könnte. Denn mein Vorgänger ist aus Altersgründen komplett ausgeschieden. Der Rest des Vorstandsteams wollte weiter machen – aber eben nicht in vorderster Reihe. Und da ich nicht wollte, dass wir mit einem anderen Ortsverband

zusammengelegt werden, habe ich zugestimmt. Und ich muss sagen: Die Entscheidung bereue ich nicht. Da alle anderen im Team schon länger dabei sind, wurde ich nicht ins kalte Wasser geschmissen – wir arbeiten gut zusammen. Und natürlich kannte ich den Ortsverband schon als einfaches Mitglied. Denn eingetreten bin ich ja schon vor acht Jahren.

__Was genau sind denn Ihre Aufgaben als Vorsitzender?

Na Ja, zum Beispiel bin ich für das „Offizielle“ zuständig, also beispielsweise begrüße ich bei unseren Versammlungen die Mitglieder. Viel Papierkram vom Landesverband landet auch erst einmal bei mir. Und wenn ein Mitglied ein sozialrechtliches Problem hat, kommen die Leute manchmal direkt zu mir. Ich vermittele dann aber den Kontakt zur Beratungsstelle in Husum. Denn im Sozialrecht kann und darf ich nicht beraten – dafür sind die hauptamtlichen Kollegen da.

__Wie viel Zeit investieren Sie in Ihr Ehrenamt?

Natürlich ist das unterschiedlich. Wenn wir Veranstaltungen oder Tagesreisen organisieren, fällt schon einmal mehr an. Aber normalerweise benötige ich nicht mehr als eineinhalb Stunden in der Woche.

__Was bedeutet der SoVD für die Menschen bei Ihnen vor Ort in Bohmstedt?

Die allermeisten Menschen

hier sind wegen der Gemeinschaft im SoVD. Klar, einige treten auch ein, weil es ein Problem mit dem Einstieg in die Rente oder dem Schwerbehindertenausweis gibt. Aber die meisten sind bei uns, weil wir vor Ort so viel organisieren: Grillabende, Kartenspielen, Biikebrennen. Wir bieten als Sozialverband einiges an, um die Menschen zusammenzubringen.

__Und worauf würden Sie gern verzichten, wenn Sie die Wahl hätten?

Das Ehrenamt macht mir Spaß. Hier vor Ort sind die Menschen sehr dankbar, und da gibt es nichts zu meckern. Aber: Manchmal nimmt der Papierkram aus Kiel, also vom SoVD-Landesverband, etwas überhand. Gerade das Thema Datenschutz kann nervig sein. Darauf würde ich gern verzichten, aber so sind nun mal die Vorgaben.

__Verständlich. Und was sind auf der anderen Seite Ihre schönsten Erlebnisse mit dem SoVD?

Es ist einfach schön zu sehen, dass unsere Arbeit hier Früchte trägt. Wenn wir eine Veranstaltung anbieten, kommen die Leute – im Schnitt um die 80. Das gibt ein gutes Gefühl. Und ganz toll ist immer, wenn die Mitglieder nach einem Fest glücklich nach Hause gehen. Viele sagen auch ausdrücklich, dass eine Veranstaltung schön war und bedanken sich beim Vorstand. Dann weiß ich, dass meine Aufgabe hier wirklich sinnvoll ist.



Johannes Magnussen



Wichtige Rufnummern

112 – Notruf für Menschen in Not. 24 Stunden, kostenlos, auch ohne Mobilfunknetz und bei gesperrtem Handy.

112 wählen Sie bei Unfällen, Bränden oder wenn Notfallsituationen evtl. lebensbedrohlich sind.

110 – Notruf der Polizei. Bei Gefahr, Straftaten oder dem Verdacht. Wählen Sie 110 immer dann, wenn Sie sich bedroht fühlen, Sie sich in Gefahr befinden oder die Situation gefährlich werden könnte.

116 117 – Ärztlicher Bereitschaftsdienst. Hier erhalten Sie Hilfe außerhalb von Sprechzeiten und bei nicht lebensbedrohlichen Krankheiten, und Sie erfahren den Standort der

nächsten Bereitschaftsdienstpraxis.

- **Patientenombudsverein** bietet Rat und Hilfe für Patient*innen: für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg unter Tel.: 04343/42 41 62;
- für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg unter Tel.: 04331/70 84 882;
- für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland unter Tel.: 04641/98 73 69;
- für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg unter Tel.: 04631/44 13 447.

Bei Fragen zur Pflege gibt es Rat unter Tel.: 04531/80 49 38.

Kindernottelefon – erreichbar anonym und gebührenfrei unter Tel.: 0800/11 10 333 (montags bis samstags von 14 bis 20 Uhr).

Unabhängige Patientenberatung (UPD) – gebührenfrei und bundesweit erreichbar unter Tel.: 0800/01 17 722.

Pflegenottelefon – Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte erhalten Rat und Hilfe unter Tel.: 01802/49 48 47.

Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, erreichbar unter Tel.: 0431/98 81 620.